

political

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 3/2024

 Hanns
Seidel
Stiftung



WAS HÄLT DEUTSCHLAND ZUSAMMEN?

FOKUS

Gesellschaft in Aufruhr

DENKANSTOSS

Krankes Gesundheitswesen

**«Wir müssen
wieder lernen,
in einer
Gemeinschaft
zu leben und
weniger von
nationaler Iden-
tität zu reden.»»**

Quelle: <https://gutezitate.com/zitat/117247e>

Marion Gräfin Dönhoff

S

Sehr verehrte Leserinnen, sehr verehrte Leser,

wir alle kennen den Slogan „Der Mensch ist ein soziales Wesen“. Ohne andere Menschen können wir nicht überleben, wir sind auf ein funktionierendes Beziehungsgefüge angewiesen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir das lebensnotwendige Miteinander pflegen und respektvoll miteinander umgehen. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Basis – ein gemeinsames Werteverständnis. Fehlt dies, drohen Spaltung, Anfeindungen und Hass. Solidarität und Engagement sind gerade in Not-situationen gefragt. Ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Vereinen und sozialen Einrichtungen wäre unsere Gesellschaft um ein Vielfaches ärmer. Denken Sie nur an die Flutkatastrophe in Bayern vom Juni dieses Jahres: Ohne die Helfer wären die Aufräumarbeiten nicht so schnell vorangekommen. Aus diesem Grund haben Landtagspräsidentin Ilse Aigner und der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder im Juni 3.000 Helfer eingeladen, um sich persönlich für ihr gesellschaftliches Engagement und ihre tatkräftige Hilfe zu bedanken.



Markus Ferber, MdEP

Bereits seit 1994 verleiht der Freistaat Bayern das Ehrenzeichen für langjährige ehrenamtliche Tätigkeiten an Frauen und Männer, die sich politisch, sozial oder kulturell engagieren. Das kann nun vor Ort in einem Lebenshilfeverein sein, in einem Altenheim, in der Kinderbetreuung oder auch als Trainer einer Fußballmannschaft.

Viele Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt werden durch die Sozialisation im Bildungssystem gelegt. Die Hanns-Seidel-Stiftung leistet mit ihren zahlreichen Weiterbildungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene einen wertvollen Beitrag dazu. Besuchen Sie unsere Website und informieren Sie sich über unsere Angebote im gesellschaftspolitischen Bereich. Ich bin mir sicher, dass Sie eine passende Veranstaltung für sich finden werden.

Das wünscht Ihnen

Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

HSS SCHWERPUNKT

WAS HÄLT DEUTSCHLAND ZUSAMMEN?

WEITERES

6 **Einführender Beitrag**
Zusammenhalt – woher und wozu?



20 **Interview**
Bischof Stefan Oster über den Zusammenhalt der Gesellschaft und weitere aktuelle Themen



32 **Reportage**
Ein Licht für die Vergessenen



42 **Denkanstoß**
Krankes Gesundheitswesen – Eine grundlegende Strukturreform ist nötig

44 **Politik von außen betrachtet**
Was bleibt von der Europawahl 2024?

48 **Pro & Contra**
Wählen ab 16 – Eine gute Idee?

50 **Was macht eigentlich ...**
Kurt Faltthäuser

52 **Parlamentarier online**

54 **Rezensionen**

58 **Damals**
Bayerns Gewicht in der deutschen Waagschale – 75 Jahre CSU im Deutschen Bundestag

62 **Zu guter Letzt**
Entführung in fremde Welten

64 **Impressum**

10 **Perspektive 1**
Zum Wohle aller –
Gesellschaftliches Miteinander stärken

14 **Perspektive 2**
Das Dilemma mit der AfD

16 **Perspektive 3**
Bildung & sozialer Zusammenhalt

26 **Blick in die Welt**
Ein Kaleidoskop der Vielfalt und Einheit



30 **Kommentar**
Untrennbar verbunden –
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Werte

ZUSAMMENHALT – WOHER UND WOZU?



Thomas Haslböck leitet seit 2023 das Referat für Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Interkulturellen Dialog in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung.

Er hat an der Universität Passau Staatswissenschaften studiert und im Anschluss daran mehrere Jahre an der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte gearbeitet. Hier hat er sich verstärkt mit Extremismus und Totalitarismus, aber auch mit den klassischen politischen Grundströmungen beschäftigt.

Neben dem Studium hat Thomas Haslböck ein Volontariat bei der Passauer Neuen Presse absolviert und journalistisch in Namibia und den USA gearbeitet.

#wertefundament

K

Kein Wahlprogramm, kein Koalitionsvertrag und kaum eine Bundestagsrede kommen zurzeit ohne einen Verweis auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Doch was ist damit gemeint?

Ob Flüchtlings-, Corona- oder Klimakrise – das vergangene Jahrzehnt hat die Gesellschaft vor massive Herausforderungen gestellt. Dabei war immer wieder die Forderung zu hören, man solle doch einfach stärker zusammenhalten. Übersetzt bedeutete das: Willkommenskultur, Lockdown, materieller Verzicht. Durch den steten

Appell an den Zusammenhalt wurden diese konkreten Positionen moralisch aufgeladen: Wer nicht mitmachen will, ist ein Querulant und trägt die Schuld daran, dass die Krise nicht gelöst wird.

Was ist gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Hinter solchen Totschlagargumenten verbirgt sich eine naive Vorstellung davon, was gesellschaftlicher Zusammenhalt eigentlich ist. Im Grunde wird er mit Harmonie verwechselt: Alle haben dieselben Interessen, so dass auch alle dieselben politischen

Positionen für vernünftig halten müssen. Doch das verfehlt die Realität. Tatsächlich sind die Präferenzen der Menschen höchst unterschiedlich. Sie geraten daher ständig in Streit darüber, welche Maßnahmen richtig und falsch sind. Ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis etwa lässt die Willkommenskultur unvernünftig erscheinen, bei einem erhöhten Freiheitsbedürfnis gilt dasselbe für staatlich verordnete Einschränkungen – sei es in Form von Ausgangssperren, sei es in Form von Technologieverboten. Das zeigt: In einer liberalen Gesellschaft herrscht keine Harmonie, sondern Dissonanz.

«In einer liberalen Gesellschaft herrscht keine Harmonie, sondern Dissonanz.»

Streit ist also der Normalzustand. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in einem liberalen Sinne ist daher nicht dasjenige, was den Streit aufhebt. Er ist vielmehr das, was ihn ermöglicht – und zwar so, dass die Gesellschaft nicht an ihm zerbricht. Das ist nicht selbstverständlich: Wird der Streit nicht eingehegt, dann werden aus politischen Gegnern schnell Feinde. Gesellschaftliche Konflikte können auch in Demokratien bis zum Bürgerkrieg eskalieren. Es bedarf der Bereitschaft zum Kompromiss – sie besteht dann, wenn die Interessen des Mitbürgers als grundsätzlich legitim anerkannt werden.

Je höher daher innerhalb einer Gesellschaft die aktive Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen ist, desto höher ist auch ihr Grad an Zusammenhalt. Aktive Toleranz bedeutet, dass andere Meinungen tatsächlich gehört werden und eine wirkliche Güterabwägung stattfindet. Eine bloß passive Duldung nimmt dem Streit bereits seine konstruktive Ausrichtung und führt in die Polarisierung.

Westliches Wertefundament als Basis aktiver Toleranz

Aktive Toleranz erwächst aus unserem westlichen Wertefundament. Dessen Kern ist die Menschenwürde.

«Je höher die aktive Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen ist, desto höher ist auch der Grad an Zusammenhalt.»

Sie schreibt jedem Menschen gleichermaßen einen unendlichen Wert zu, der sich in seiner individuellen Freiheit zeigt. Den Mitmenschen so zu behandeln, dass es seiner Menschlichkeit würdig ist, bedeutet seine Individualität zu akzeptieren – und damit die Vielfalt an Lebensentwürfen, Interessen und Meinungen. Und weil diese Lebensentwürfe, Interessen und Meinungen einander widersprechen, geht mit ihrer Akzeptanz auch die Bereitschaft zum konstruktiven Streit einher. Das ist selbst eine Konsequenz aus der Menschenwürde. Ist sich die Gesellschaft daher in diesem grundlegenden Punkt einig, so hat sie die Kraft, in allen anderen Punkten uneinig zu sein.

Damit ist auch klar, was den Zusammenhalt gefährdet: Es ist nicht der kontroverse Streit, wie das in Krisensituationen zu oft behauptet wird, sondern das Verblassen der westlichen Werte. Der freiheitliche Staat ist auf etwas angewiesen, das er nicht in der Hand hat. Denn nur die Bürger selbst können ihr Gewissen diesen Werten verpflichten.

Früher wurden sie darin von den Kirchen unterstützt und angeleitet. Mit dem christlichen Menschenbild haben diese zugleich die Menschenwürde als Glaubensinhalt vermittelt. Heute ist ihre integrative Kraft weitgehend verloren gegangen.

Stattdessen werden westliche Werte immer häufiger aktiv infrage gestellt. Besonders schrill geschieht das in Form der Identitätspolitik. Sie diffamiert die Vorstellung einer universellen Menschenwürde als Machtinstrument und unterteilt die Gesellschaft entlang äußerlicher Merkmale in Täter- und Opfergruppen. Weil demnach der Lebensstil der zumeist weißen, männlichen, heterosexuellen Täter vollkommen auf der Unterdrückung aller anderen beruht, ist ihre ganze Existenzform illegitim – was sodann auch deren politische Artikulation betrifft. Mit illegitimen Positionen kann es aber keinen Kompromiss geben. Sie müssen

nicht gehört, sondern „gecancelt“ werden. Damit wird die Spaltung zum Programm.

Doch der gesellschaftliche Zusammenhalt leidet nicht nur unter solchen Frontalangriffen. Beinahe unsichtbar nagt auch die Zunahme homogener Netzwerke an ihm. Das bedeutet: Die Bürger umgeben sich vermehrt mit ihresgleichen und kommen immer weniger in Kontakt mit fremden Lebenswelten. Aktuellen Studien zufolge trifft dies vor allem auf Gering- und Hochgebildete, auf Muslime, auf Reiche, auf Ostdeutsche und auf Bewohner des ländlichen Raums zu. Wer jedoch fremde Lebenswelten nicht mehr kennt, neigt dazu, Zielkonflikte zu übersehen und die eigenen Interessen zu verabsolutieren. Kein Wunder, dass dies seinen deutlichsten Niederschlag in den beiden Antipoden der deutschen Parteienlandschaft findet: Keine andere gesellschaftliche Gruppe bewegt sich in einem so homogenen Umfeld wie die Sympathisanten von AfD und Grünen.

Politische Bildung gegen ideologische Anfeindungen

Was tun angesichts solcher Entwicklungen? Gegen die ideologischen Anfechtungen durch die Identitätspolitik hilft nur politische Bildung. Soll sie zu Streit und Kompromiss befähigen, dann darf sie allerdings nicht selbst – wie zum Teil der Fall – mit identitätspolitischen Vorstellungen liebäugeln. Homogene Netzwerke hingegen lassen sich durch die Förderung oder Schaffung von Begegnungsorten aufbrechen. Ein gutes Fundament bieten die gut 600.000 Vereine in Deutschland. Sie wirken integrativ, weil in ihnen Menschen unabhängig vom persönlichen Hintergrund gemeinsame Zwecke verfolgen und vertrauensvolle Beziehungen aufbauen. Die staatliche Unterstützung ehrenamtlichen Engagements ist daher Demokratieförderung. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht wäre ebenfalls dazu geeignet, junge Erwachsene intensiv an fremde Lebenswelten heranzuführen. Auch die öffentlich-

rechtlichen Medien können ein Forum für unterschiedliche Meinungen sein – dazu müssen sie diese jedoch ausgewogen darstellen.

All das ist wenig konkret – und kann es auch nicht sein. Denn wo es um die Gesinnung der Bürger geht, endet die staatliche Gewalt. Zusammenhalt lässt sich nicht erzwingen. Er muss aus der Gesellschaft selbst erwachsen. Darum ist er stets fragil. Das ist der Preis der Freiheit. —

«Vereine wirken integrativ, weil in ihnen Menschen gemeinsame Zwecke verfolgen und vertrauensvolle Beziehungen aufbauen.»

Z U M W O H L E

GESELLSCHAFTLICHES



ALLER

MITEINANDER STÄRKEN

Autor: Klaus Holetschek, MdL
Fraktionsvorsitzender der CSU-Fraktion im
Bayerischen Landtag, Staatsminister a.D.

U

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Ein gesellschaftlicher Wandel ist spürbar. Es reicht nicht, nach dem Staat zu rufen, wir müssen auch über Pflichten reden.

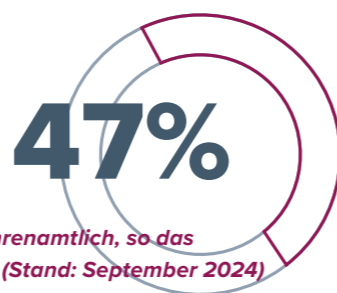
Unsere Gesellschaft ist aufgewühlt. Der Umgangston wird rauer. Der Austausch von Argumenten und Fakten tritt im demokratischen Diskurs vielfach in den Hintergrund. Das spiegelt sich in den medialen Debatten, ist aber ebenso in Freundeskreisen und in Familien spürbar. Auch häufen sich die Meldungen über Hass und Hetze im Internet.

Gerade die Corona-Zeit hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass Menschen den Kontakt zueinander halten und sich mit anderen Meinungen auseinandersetzen. Gelingt das nicht, dann ziehen sie sich in ihre sozialen Trutzburgen zurück. Das Miteinander verkümmert. Die Gesellschaft driftet in der Folge immer weiter auseinander.

Unsere Gesellschaft lebt jedoch von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht. Sie sind der Kitt unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Jede und jeder Zweite engagiert sich

in Bayern ehrenamtlich. Das macht das Leben im Freistaat so lebenswert. Wir spüren jedoch, dass der Anspruch, das Gemeinwesen aktiv mitgestalten zu wollen, in den Hintergrund tritt. Vereine haben Probleme, Frauen und Männer zu finden, die sich ehrenamtlich engagieren. Auch die Bereitschaft, sich politisch einzubringen oder gar ein politisches Amt zu übernehmen, wird weniger. Gleichzeitig wächst die Erwartungshaltung gegenüber „dem Staat“.

«Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht.»



47 Prozent der Menschen über 14 in Bayern engagieren sich ehrenamtlich, so das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. (Stand: September 2024)

Gesamter Katastrophenschutz:

Bayern verfügt allein bei den Feuerwehren, freiwilligen Hilfsorganisationen und dem THW über 470.000 Einsatzkräfte.

450.000 davon sind ehrenamtlich Engagierte, die damit das Rückgrat der bayerischen nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bilden.

In Bayern kümmern sich etwa 330.000 aktive Feuerwehrleute, davon rund

318.000 ehrenamtlich, um den Brandschutz. Sie leisten Feuerwehrdienst in 7.476 Freiwilligen Feuerwehren und 7 Berufsfeuerwehren der bayerischen Städte und Gemeinden sowie in 156 Werks- und 55 Betriebsfeuerwehren. (Zahlen Landesfeuerwehrverband Bayern)

Dabei wird oft übersehen,

- dass der Staat kein abstraktes Gebilde ist und schon gar kein Motor, der von alleine läuft,
- dass er durch die Gesellschaft geformt wird,
- dass jeder Einzelne ein Teil des Staates ist und
- dass es nicht nur Bürger-Rechte, sondern auch Bürger-Pflichten gibt.

In seiner Rede zum Amtsantritt forderte der amerikanische Präsident John F. Kennedy im Januar 1961: „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“ In vielen Gesellschaften ist diese Frage in den vergangenen Jahren in den Hintergrund gerückt – leider auch bei uns. Man wird den Eindruck nicht los, dass statt des individuellen Beitrags zum Gelingen unseres Gemeinwesens die Frage mehr Relevanz erlangt hat, wo und wie der Einzelne am meisten und mehr als andere profitieren kann.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage, auf der stabile demokratische Strukturen aufbauen. Die gemeinsam übernommene Verantwortung für unser Land ist aus gutem Grund Teil unseres Wertefundaments. Der Staat braucht Menschen, die sich in seinen Dienst stellen. Und deshalb brauchen wir einen Impuls

«Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage, auf der stabile demokratische Strukturen aufbauen.»

für mehr Gemeinschaftsgefühl. Ein positives Bekenntnis zu unserem Land als Ausdruck eines gesunden Patriotismus gehört für mich klar zu unserer Leitkultur.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat deutlich gemacht, wie verletzlich unser Staat ist. Darüber hinaus wird unsere Sicherheit im Inneren wie auch im Äußeren durch mannigfaltige Krisen herausgefordert. Aber auch unsere soziale Sicherheit wird künftig nicht mehr auf Dauer zu garantieren sein, wenn nicht die Gesellschaft insgesamt einen größeren Beitrag leistet.

Ein gleichermaßen für Frauen und Männer verpflichtendes Gesellschaftsjahr könnte mit einem in ihm verankerten Wehrdienst zu einem neuen Aufbruch für unsere Gesellschaft werden, die Bundeswehr weiter und noch stärker in der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern und gleichzeitig als Zugpferd für von Fachkräftemangel betroffene soziale Berufe zu wirken.

Gleichzeitig sollten wir aber auch dem ehrenamtlichen Engagement bei Vereinen, Parteien oder der Freiwilligen Feuerwehr mehr Anerkennung entgegenbringen. Junge Menschen, die sich während der Schul- oder Studienzeit oder während der Ausbildung über einen längeren Zeitraum für das Gemeinwohl engagieren, sollten davon pro-



Klaus Holetschek, MdL, befürwortet ein für Männer und Frauen verpflichtendes Gesellschaftsjahr.

«Wir müssen ein Klima schaffen, in dem Bürgerinnen und Bürger den Staat wieder als gemeinsamen Auftrag verstehen.»

fitieren, beispielsweise mit zertifizierten Aus- und Fortbildungen, Erleichterungen beim Zugang zu Studienplätzen wie etwa beim Medizinstudium über den Sanitätsdienst der Bundeswehr oder durch den Vorrang bei der Kreditvergabe durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Wir müssen ein Klima schaffen, in dem Bürgerinnen und Bürger den Staat wieder als gemeinsamen Auftrag verstehen. Der Staat sind wir alle und er kann nur erfolgreich funktionieren, wenn die große Mehrheit ihn und seine Werte trägt und sich beteiligt, die Herausforderungen gemeinsam zu meistern. —

DAS DILEMMA MIT DER AFD

Autor: Dr. Christoph Schiebel
freischaffender Politikwissenschaftler und Übersetzer

E

Es gibt keine einfachen Lösungen, um der Alternative für Deutschland (AfD) beizukommen. Am erfolgversprechendsten ist eine konstruktive Politik, die auf sozialen Zusammenhalt setzt und die Probleme löst, die der AfD Wähler bringen.

Indes verfolgen die deutschen Verfassungsschutzbehörden die AfD immer intensiver. Einzelne Unterorganisationen und Funktionäre der AfD gelten bereits als gesichert rechtsextrem.

Euroskepsis und Populismus

Einst waren Skepsis dem Euro und der Europäischen Union (EU) gegenüber der Markenkern der AfD. Immer noch setzt sich die AfD für einen Austritt Deutschlands

aus der Eurozone und der EU ein – für die Exportnation Deutschland wäre das ein wirtschaftliches Desaster. Außen- und entwicklungspolitisch stellt sie nationale Interessen über internationale Solidarität und verkauft russische Propaganda als Wahrheit. Den europäischen und deutschen Eliten wirft sie populistisch eine nicht am Volk orientierte Politik vor und erhebt für sich selbst einen Alleinvertretungsanspruch diesem gegenüber. Zudem nutzt die AfD die schlechte Wirtschaftspolitik der mittlerweile zerbrochenen Ampel für ihre Zwecke.

Leugnung des Klimawandels

Typisch rechtsradikal ist die verschwörungsmythische Kommunikation der AfD zur Erderhitzung. Die AfD geht immerhin zum Teil nicht von einem menschengemachten

Klimawandel aus und setzt sich damit über die wissenschaftlichen Fakten hinweg.

Soziale Diskriminierung

Die AfD richtet sich jedoch auch gezielt gegen ethnische und soziale Gruppen, die sie nicht zum Volk beziehungsweise zur Nation rechnet. Zwei Aspekte stechen dabei hervor:

- Die Partei lehnt Genderpolitik ab. Die AfD tritt antifeministisch auf und vertritt ein rückwärtsgewandtes Frauenbild. Sozialer Diskriminierung im privaten Sektor lässt sie Raum – auch aufgrund sexueller Orientierung.
- Teile der AfD tendieren zu einem ethnischen Volksbegriff, der nicht von der Staatsbürgerschaft, sondern von der Herkunft oder der kulturellen Zugehörigkeit geleitet wird. Justiz und Verfassungsschutz sehen diesen Ethnokulturalismus durchaus problematisch, wenn es um die Vereinbarkeit der Migrationspolitik der AfD mit dem Grundgesetz geht. Die AfD steht für eine Remigrationspolitik, also die Rückführung von ausreisepflichtigen Migranten in deren Heimat. Nicht selten wird auch antimuslimischen Einstellungen Ausdruck verliehen. Der soziale Zusammenhalt in Deutschland soll sich auf vollkommen assimilierte Bevölkerungsteile beschränken. Das gilt auch für den Sozialstaat. Diese Sicht stößt aber auf verfassungsrechtliche Bedenken.

Wahlen in ostdeutschen Bundesländern

Es ist nicht mehr möglich, die AfD zu ignorieren. Bei den Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und mit Einschränkungen auch in Brandenburg war die Partei eine der Wahlgewinnerinnen, obgleich sie jeweils nicht zur Regierungsbildung herangezogen wird. Die demokratischen Parteien müssen nun enger zusammenrücken, wenn sie einer Destabilisierung des politischen Systems durch AfD-Politiker wie Björn Höcke mit seinen verfassungsfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten wollen. Vielfach wird der thüringische AfD-Chef Höcke in den Medien als völkischer Nationalist und Verfassungsfeind beschrieben. Die Union steht nun vor dem Dilemma, unter Umständen mit linksradikalen Parteien zumindest kooperieren zu müssen, was eine bürgerliche oder gar konservative Politik deutlich erschweren dürfte – und am Ende wieder der AfD hilft.

Verhalten Konservativer gegenüber Rechtspopulisten

Die AfD profitiert dabei von Gewalttaten und teils fehlender Integrationsbereitschaft von Migranten, den umfassenden staatlichen Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge sowie von der nicht enden wollenden Migration, die etwa die Lage am angespannten Wohnungsmarkt deutlich verschärft. Das hat auch der bayerische Minister-



Nach Christoph Schiebel wird die AfD nur durch konstruktive Politik verschwinden.

präsident Markus Söder (CSU) am Abend nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 betont. Durchaus gibt es gravierende Versäumnisse der deutschen Politik in der Asylthematik, wenn auch nicht allein der Ampelregierung, welche die rechtspopulistische bis rechts-extreme Rhetorik der AfD befeuert. Die Pflege negativer Gefühle und Ressentiments zählt allerdings ebenso auf das Konto von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ein wie die weiter ungelösten Probleme der Migration, wie Umfragen unter AfD-Wählern belegen. In Österreich konnte dies auch schon mehrmals beobachtet werden. Dort griffen die Konservativen von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) immer wieder die Themen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf; dieser gelang trotzdem stets ein beeindruckendes Comeback – begünstigt durch ähnliche Umstände wie im Nachbarland. Anders verhielt es sich jedoch im Deutschland der 90er-Jahre, als man sich parteiübergreifend auf Asylrechtsverschärfungen verständigte und dadurch den „Republikanern“ den Nährboden und die Wählerschaft entzog.

Stärkung von Infrastruktur und sozialem Zusammenhalt

Eine Chance auf Minderung des politischen Einflusses von rechts außen bietet eine konstruktive Politik, welche die Migrationsprobleme löst sowie die Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) demonstriert zudem, dass dort, wo die EU nachhaltig in strukturschwache Regionen investiert, die Stimmanteile von Rechtspopulisten rückläufig sind. —

BILDUNG



SOZIALER ZUSAMMENHALT



D

Der von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. initiierte Aktionsrat Bildung behandelt in seinem Gutachten den Beitrag des Bildungssystems zum sozialen Zusammenhalt.

Wenn ein Gremium wie der Aktionsrat Bildung sich mit der Frage beschäftigt, wie der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefördert werden kann, dann steht im Raum, dass dieser Zusammenhalt – zumindest in Teilen – verloren gegangen sein könnte.

Viele Phänomene sprechen für diese Prämisse. Zu ihnen gehören Extremismen an vielen Stellen, wie etwa die Entstehung extremistischer Parteien, die massenhafte Entäußerung von Hass, Beleidigung und Aufrufe zu Straftaten, nicht nur in den sozialen Medien, sowie sicher auch die Erfahrung der ganz alltäglichen Konflikte im öffentlichen Raum. Hier scheint sich die Spaltung der Gesellschaft an unterschiedlichen Auffassungen eines geregelten Miteinanders zu manifestieren.

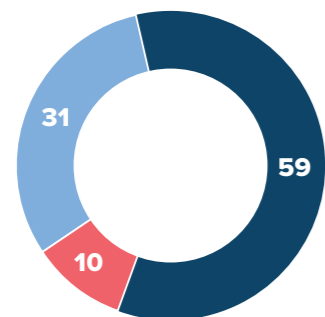
All diese Erscheinungen haben unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier veranlasst, nach Abhilfe zu suchen, zum Beispiel in dem weitreichenden Vorschlag der Einführung einer gesellschaftlichen Pflichtzeit für alle Gesellschaftsmitglieder in der Hoffnung, auf diese Weise wieder so etwas wie Gemeinsinn etablieren zu können. Hoffnungen ruhen auch auf dem Bildungssystem, insbesondere seinen Einrichtungen. Grund genug für

Autor: Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Lenzen
Vorsitzender des Aktionsrats Bildung und bis 2022 Präsident der Universität Hamburg mit den Arbeitsschwerpunkten: Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungsphilosophie

«Aus soziologischer Sicht gibt es keine klaren Hinweise, die für eine Spaltung der Gesellschaft sprechen.»

Bildung- und Erwerbssituation 18- bis 24-Jähriger 2023:

in %, insgesamt 6.1 Millionen



- In schulischer oder beruflicher Bildung oder im Studium
- Erwerbstätig und nicht in (Aus-) Bildung
- Nicht in (Aus-) Bildung oder Beschäftigung

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

«Viele Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt werden in der Gesellschaft durch die Sozialisation im Bildungssystem gelegt.»

den Aktionsrat Bildung, sich dem Thema „Bildung und sozialer Zusammenhalt“ zu widmen.

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass es aus soziologischer Sicht keine klaren Hinweise gibt, die für eine Spaltung der Gesellschaft sprechen. Warum dann also ein Gutachten, das sich mit der Sicherung des sozialen Zusammenhalts befasst? Die Antwort lautet: Nicht, weil die Gesellschaft gespalten ist und durch das Bildungssystem sozusagen gekittet werden müsste.

Sondern weil nach allem, was wir wissen, die Gesellschaft von den extremen Rändern her erodieren kann, wenn es Akteuren gelingt, gewissermaßen die Affekte zu triggern, die selbst stabile Naturen irritieren und zur Radikalisierung treiben können.

An dieser Stelle hat das Bildungssystem

- zum einen die Aufgabe, souveräne Persönlichkeiten hervorzubringen, die aufgrund besseren Wissens urteilsfähig sind – also die den Ängsten zugrundeliegenden Sachverhalte mündig beurteilen können, so dass sie sich nicht auf die Seite derjenigen schlagen, die ihnen suggerieren, in allem gründlich durchgreifen zu wollen.
- Zum anderen werden viele Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft durch die Sozialisation im Bildungssystem gelegt.

Gerade in der neueren Literatur zum Nation Building wird die Rolle der Bildung als Grundpfeiler des Aufbaus von Nationen besonders hervorgehoben. Eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Werte, die durch das Bildungssystem vermittelt werden, können Kommunikation, Vertrauen und demokratische Teilhabe erleichtern. Letztlich



Prof. Dr. Dieter Lenzen: "Letztendlich ist die Politik gefragt, den Empfehlungen des Aktionsrats Bildung Wirksamkeit zu verleihen."

Die Schule sollte Kinder und Jugendliche zu eigenständigen, starken Persönlichkeiten heranbilden.

muss es für ein erfolgreiches Nation Building gelingen, Elemente einer positiven gemeinsamen Identität aufzubauen und Interaktionen zwischen Gruppen unter der Voraussetzung eines fairen und gerechten Austauschs sicherzustellen.

Bildungseinrichtungen müssen soziale Beziehungen fördern und Identitäten stärken

Der Aktionsrat Bildung hat in seinem Gutachten für alle Bildungsphasen konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie die sozialen Beziehungen in Bildungskontexten gestärkt werden können, durch welche Maßnahmen bei den Schülerinnen und Schülern Identitäten gefördert werden können, die friedliche Intergruppenbeziehungen zur Folge haben, und wie die Ausrichtung der Schülerinnen und Schüler auf das Gemeinwohl gefördert werden kann.

Unterstützt werden die Forderungen vom Herausgeber der Studie, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., deren Präsident Wolfram Hatz mit Bezug auf die konkreten Umsetzungsschritte fordert: „Statt Investitionen nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, müssen wir sie zielgerichtet einsetzen. Um einzuschätzen, wo der Investitionsbedarf am größten ist, schlagen wir die generelle Einführung eines Sozialindex als Steuerungs-

instrument vor, um zu verdeutlichen, wo die Investitionen am meisten gebraucht werden.“ An dieser Stelle ist also die Politik gefragt, den Empfehlungen des Aktionsrats Bildung durch eine passgenaue Mittelverteilung Wirksamkeit zu verleihen. ■

Das Gutachten „Bildung und sozialer Zusammenhalt“ finden Sie hier:





DIE EIGENEN **WURZELN** **BEWAHREN»**

Wir haben mit Stefan Oster, dem Bischof von Passau, über den Zusammenhalt der Gesellschaft, die Medienpräsenz der katholischen Kirche und andere aktuelle Themen gesprochen.

20

Die katholische Kirche steht vor den Herausforderungen einer sich rasch verändernden Gesellschaft – massive Kirchenaustritte machen ihr zu schaffen. Wie steht es um ihr Verhältnis zum Islam, wie um das zur Politik?

politicus: Herr Bischof, Sie sind seit 2014 Bischof. Der Zusammenhalt nicht nur in unserem Land steht auf wackligen Füßen, die politische Mitte und das ehrenamtliche Engagement schrumpft, die Zahl lautstarker Gruppen steigt, der Tonfall ist rauer, gerade auch durch Social Media. Wo sind die christlichen Grundwerte wie Nächstenliebe, Verantwortung und Vergebung hingekommen?

Bischof Oster: Also, ich glaube tatsächlich, dass auch die Entkonnfessionalisierung, also der Verlust des religiösen Glaubens und des religiösen Bewusstseins, eine ganz starke Rolle spielt bei den Phänomenen, die Sie aufzählen. Sie kennen das berühmte Wort von Ernst Wolf-

gang Böckenförde: „Der freiheitliche Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selber nicht garantieren kann.“ Wenn der Staat diese Werte und Haltungen aber nicht garantieren kann und dann Institutionen wie unsere, die diese mit hervorbringen, wegbrechen, dann geht auch etwas vom gesellschaftlichen Zusammenhalt verloren.

Und Sie haben es selber gesagt, die digitale Revolution trägt aus meiner Sicht einen erheblichen Teil dazu bei, weil die Algorithmen der neuen Medien auf schnelle Klicks zielen, auf Kommerz, auf Emotionalisierung und Polarisierung. Dadurch bleibt echte Streitkultur auf der Strecke.

„Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird es sein, neue Räume von Begegnung und Glaubenskommunikation zu erschließen“, das sind Ihre Worte. Muss die Kirche präsenter sein auf Social Media? Sie selbst hatten heuer mit Ihrem Osterwitz ja einen viralen Hit.

Also, wir müssen überall hingehen, wo Menschen zusammenkommen. Papst Franziskus spricht immer vom digitalen Kontinent. Deswegen glaube ich, ist es wichtig, dass wir auf diesem digitalen Kontinent gegenwärtig sind. Nur, bloß gegenwärtig zu sein, ist das eine. Aber es auch können und gut dabei sein, ist das andere. Die Menschen kommen ja nicht auf unsere Seiten, nur weil sie da sind. Die richtig



„Es gelingt uns viel zu wenig, den Glauben erwachsen werden zu lassen.“
Bischof Stefan Oster vor dem Petersdom in Rom.

21

großen Fragen sind daher: Wie geht heute gute Glaubenskommunikation und was sind die Inhalte, die wir da möglichst lebensrelevant vermitteln?

Beiden Kirchen laufen die Gläubigen in Scharen weg, Priester fehlen überall, Kirchen werden entwidmet. 2023 sind allein in Bayern 106.000 Menschen aus der katholischen Kirche ausgetreten. Wenn das in dem Tempo weitergeht, wäre es existenzbedrohend. Worin sehen Sie die Ursachen dafür? Was könnten die Lösungen sein?

Das ist eine komplexe Frage. Wir befinden uns in einer jahrzehntelangen, vielleicht sogar jahrhundertelangen Entwicklung herkommend von einem

«Der Glaube muss stärker in die Tiefe gehen.»

stark volkskirchlich geprägten katholischen Milieu, das im 19. Jahrhundert womöglich am stärksten ausgeprägt war. Heute ist die Situation ganz anders, aber trotzdem führen wir in Glauben und Kirche immer noch so ein, als wären wir in den vermeintlich guten, alten Zeiten. Daher: Wir sind nicht allzu gut darin, in der Breite des Gottesvolkes auf Fragen von heute

zu reagieren. Also ich nenne jetzt mal neben dem Klassiker Sexualmoral auch das Verhältnis von Naturwissenschaft und Glaube oder das Verhältnis von Religion und Gewalt. Wie ist es mit Kriegen, die religiös motiviert sind? In einer modernen Gesellschaft mit einem über Jahrhunderte eingeübten volkskirchlichen Wirken tun wir uns also schwer, vor allem in der Fläche, die Fragen der Menschen so zu beantworten, dass sie spüren, der Glaube hat existenzielle Relevanz und er hilft mir bei den wichtigsten Fragen. Wenn Christentum in dieser Gesellschaft bei dem zunehmenden Säkularisierungsdruck überleben will, dann muss der Glaube bei den Menschen stärker in die Tiefe gehen. Das heißt,

wir müssen den Menschen helfen, sprachfähig zu werden in dem, was, warum und wem sie glauben. Aber ganz oft hört Glaubensbildung und -ausbildung bei der Firmung auf, das heißt meist schon bei den Kindern. Und es gelingt uns viel zu wenig, das weiterzuführen und den Glauben erwachsen werden zu lassen. Nennen Sie mir zum Beispiel ein Format, wo Erwachsenen Katechese funktioniert, wo Sie als Erwachsene gerne hingehen würden? Sogenannte Alpha-Kurse sind so eine Möglichkeit, aber auch das ist eher spärlich angeboten.

In Passau lag die Zahl der Kirchenaustritte unter den Katholiken nur bei 1,5 Prozent, das ist weniger als in allen anderen Bistümern Bayerns. Denken Sie, dass Sie mehr richtig machen?

Ich glaube nicht, dass diese Quote von der kirchenpolitischen Haltung des Bischofs abhängt. Zumindest nur in sehr geringem Maße. Ich glaube, das hängt auch damit zusammen, dass wir zum Beispiel das ländlichste Bistum überhaupt sind in Bayern. Passau, meine Stadt, ist eine Kleinstadt mit etwas mehr als 50.000 Einwohnern, ansonsten haben wir Land, Kleinstädte, Märkte oder Dörfer. Die Abwanderungsbewegungen im Katholizismus sind in städtischen Strukturen deutlich stärker als im ländlichen Raum. Ich nenne Ihnen aber andere Zahlen, die mich bestürzen. Die Zahl der Gottesdienstbesucher der katholischen Kirche ist bei gut fünf Prozent bundesweit angekommen. Das sind bei 20 Millionen Katholiken rund eine Million Gläubige – mit ständig wachsendem Altersdurchschnitt. Diese besuchen also die Messe oder leben aus den Sakramenten. Gleichzeitig arbeiten für diese Kirche auch über eine Million Menschen in Caritas, Kindergärten oder Schulen und beziehen Gehalt von ihr. Und diese beiden Gruppen haben aber kaum noch miteinander zu tun. Das heißt: Der Bereich von

Kirche, der als gesellschaftlich relevant wahrgenommen wird, braucht offenbar kaum mehr die Sakramente und damit auch kaum mehr Priester. Auf welche Gestalt von Kirche gehen wir also zu?

Wie kann ich die Gläubigen wieder für die Kirche gewinnen? Wenn man auf den Islam schaut, der gerade auch übers Internet stark missioniert, das sieht man bei der christlichen Kirche nicht.

Ich weiß nicht, ob Sie meine Internetpräsenzen kennen. Ich mache schon den Versuch, Menschen auch hier zu

«Kirchenaus- tritte kommen in städtischen Strukturen häufiger vor als im ländlichen Raum.»

erreichen. Freilich: So etwas wie „Bekehrung“ oder Wiederentdeckung des Glaubens wird aller Voraussicht nach so schnell keine Massenbewegung sein. Trotzdem: Wie gelingt denn heute Evangelisierung? Ich habe den schönen Satz gehört: „Ein Bettler sagt dem anderen Bettler, wo es das gute Brot gibt.“ Bin ich also so unterwegs, dass ich dem anderen etwas schenken möchte, was ich selbst als nährend, als tief, sinnvoll, freimachend empfangen habe? Da Sie das Internet ansprechen: Ich habe schon das Gefühl, dass das auch dort gelingen kann. Und trotzdem ist das Entscheidende beim Thema Evange-

lisierung die Begegnung von Person zu Person. Dafür sind wir da. Dafür, dass die Welt mit Christus in Verbindung kommt. Aber wenn ich selbst ehrlich zurückschaue: Ich war Ministrant und engagiert bis zu meinem Abitur in einer normal geprägten und auch gut laufenden volkshilflichen Struktur. Was ich damals jedoch nie gehört habe, ist Folgendes: Die persönliche Beziehung zu Christus ist die wichtigste Beziehung deines Lebens! Denn das, was wir vom Evangelium her mit „Rettung“ oder „Heil“ oder Himmel bezeichnen, hängt von der Qualität der Beziehung zu dieser Gestalt ab. Der Kern des Evangeliums ist diese Beziehung. Und Menschen da hinein zu führen, bedeutet, ihnen zu helfen, im Glauben zu leben. Das wäre der Kern von „Mission“.

Mit den Hunderttausenden Migranten kommen in erster Linie Muslime nach Europa, was zu immer größeren Konflikten führt. Seit der Regensburger Rede von Papst Benedikt hat man aus der Kirche eigentlich kein kritisches Wort mehr zum Islam gehört.

Zum militanten Islam höre ich oft genug Kritik und äußere sie auch selbst. Aber an einzelnen Menschen, die ihren Glauben leben, habe ich nicht das Recht, pauschal Kritik zu üben. Und ich kenne genug Muslime, die natürlich überhaupt nicht in einen Topf geworfen werden wollen mit den Islamisten.

Aber aus theologischer Sicht kann man doch den Islam kritisieren, sein Verhältnis zu anderen Religionen, zu Frauen, zur Gewalt, zu Freiheit und Menschenrechten?

Natürlich kann man Fragen stellen. Aber doch auch nicht einfach von oben herab, ohne den Versuch zu machen, zu verstehen. Ich glaube, wir müssen viel mehr den Dialog suchen und Gemeinsamkeiten zeigen, die es in allen Religionen gibt. Das

ist übrigens auch der Weg von Papst Franziskus. Und nicht hingehen und von vorneherein sagen: Wir sind die Besseren.

Darum geht es ja nicht, sondern darum, die eigenen Stärken nach vorne zu stellen. Warum macht die Kirche das so selten?

Ja, das müssten wir tun. Ich versuche es auch. Eine entscheidende Frage ist dabei für mich die Frage nach der Gewalt. Denn die Radikalität der Gewaltlosigkeit Jesu ist aus meiner Sicht schon ein qualitativer Unterschied im Verhältnis zu anderen Religionen. Wir sind zwar natürlich dafür, dass der Staat bestimmte ordnende Gewalt hat, aber wir als Christen sind selbst nicht befugt, physische Gewalt auszuüben im Namen unseres Glaubens. Das, glaube ich, ist etwas, was uns, was vor allem Christus unterscheidet. Er ist prinzipiell gewaltlos – bis in die Hinnahme der Kreuzigung. Und wenn ich recht sehe, ist das in den meisten anderen Glaubensgemeinschaften, etwa im Islam, so nicht gegeben. Mohammed selbst hat auch Kriege geführt.

Wenn wir über gesellschaftlichen Zusammenhalt reden, muss man feststellen, dass die Migration seit 2015 unsere Gesellschaft förmlich zerrissen hat. Haben wir hier die Nächstenliebe überdehnt? Der heilige Martin hat seinen Mantel auch nur geteilt, die andere Hälfte hat er behalten. Der barmherzige Samariter hat vor Ort nur gegeben, was notwendig war. Und es heißt auch: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Die Eigenliebe sollte also nicht vergessen werden.

Ja, auch das ist schwierig. Was bedeutet Eigenliebe? Es bedeutet ja nicht einfach Egoismus. Es bedeutet eher authentische Selbstannahme. Wirklich liebesfähig sein kann nur, wer im tiefen Sinn zu sich selber ja gesagt hat. Nur der kann im richtig



Bischof Stefan Oster (M.) mit den *politicus*-Redakteuren Susanne Berke und Andreas von Delhaes-Guenther.

verstandenen Sinn auch wirklich geben, wirklich selbstlos sein. Daher: Es geht nicht um eine Art Abwägung zwischen Eigenliebe und Altruismus. Es geht grundsätzlich darum zu lernen, anders zu lieben, so wie Christus. Dann erst kommt das Verhältnis von Selbst- und Nächstenliebe ins rechte Lot. Zur Frage der Grenzen: Im Grunde sind wir schon lange mitten in einem Aushandlungsprozess darüber, wieviel die Gesellschaft tragen kann. Ich bin der Meinung, dass wir als Christen schon etwas tragen können und sollen. Papst Franziskus ist da sehr deutlich, dass Menschen auf der Flucht Aufnahme, Integration, Beratung und Förderung brauchen. Daher ist es zuerst eine politische Aufgabe, gesellschaftlich auszuhandeln oder verstehen zu lernen, welches Maß an Aufnahme von Flüchtlingen möglich ist. Aber wir Christen sollten einfach grundsätzlich bereit sein, Heimatlosen beizustehen.

Viele Unionswähler haben immer öfter den Eindruck, dass sich beide Kirchen in Parteizentralen der Grünen verwandelt haben. Betrachtet man aber deren Programm, etwa zur Abtreibung, zur Verbannung aller Christlichen aus dem öffentlichen Raum, aber auch zu den Staatsleistungen, haben sich die Kirchen dann nicht die falschen Freunde ausgesucht?

Es besteht in dieser Gesellschaft medial, kulturell und akademisch tatsächlich schnell die Befürchtung, man könnte ins „rechte Lager“ gerechnet oder als „konservativ“ bezeichnet werden. Auch wir als Kirche merken, wie in der gesellschaftlichen Debatte die Stimmung zu bestimmten Themen medial angeheizt wird.

Wir tun uns dann auch tatsächlich schwer, unser christliches Menschenbild von Entwicklungen wie den Debatten um Abtreibung, assistiertem Suizid, Reproduktionsmedizin oder der freien „Wahl“ des Geschlechts klar abzugrenzen. Ich glaube aber, dass gerade in diesen Feldern Klarheit wichtig ist – weil ich die Debatte um das Menschenbild für überaus zentral halte.

Das heißt, die Kirche hat Angst, ins rechte Lager gerückt zu werden?

Ja, wenn wir auch zum Beispiel die ganze Debatte um Familienpolitik oder um die Genderfragen anschauen, da ist gerade in der emotionalisierten Internetdebatte der Reflex, schnell zum rechten Lager eingeordnet zu werden oder zu bestimmten Beschimpfungen, ganz schnell da. Ich kenne das aus Reaktionen zu meinen eigenen Kommentaren im Netz.

Die Befürchtung, derart eingeordnet zu werden, ist schon größer als die Befürchtung, zu weit nach links zu rücken – in einer medial stärker links oder grün dominierten Debattenkultur.

Da sind Sie doch im selben Boot wie die Union. Es führt aber doch zu einer enormen Selbstbeschränkung, wenn man nicht mehr sagen darf, was richtig ist und was man schon seit Jahrzehnten sagt, nur weil es die AfD jetzt auch sagt.

Das stimmt. Wir haben das Beispiel beim Marsch für das Leben, wo ganz massiv von bestimmter Seite Druck ausgeübt wird, dass man da nicht mehr teilnehmen soll, weil auch AfD-Anhänger da sind, aber tatsächlich ist es unser genuines Anliegen. Die allermeisten, die da mitgehen, sind überzeugte und vor allem friedvolle Christen. Ich habe den Eindruck, dass es gekapert und dann medial instrumentalisiert wird – von ganz rechts wie von ganz links.

Wie viel „C“ gehört in die Politik?

Das ist eine schwierige Frage. Wissen Sie, die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren in der Regel Christenmenschen, aktive Gläubige. Und ich glaube, am Anfang dieser Republik, im Rückblick auf die Katastrophe der Nazizeit nach dem Krieg war das irgendwie das Normale bei sehr vielen. Damals waren übrigens die Kirchen weitgehend voll, es war also selbstverständlich möglich, ein guter Bürger des Staates und gleichzeitig ein guter Christ zu sein. Ein Beispiel: Wir haben kürzlich Franz Beckenbauer zu Grabe getragen. Und er hatte Anfang der 60er-Jahre als 18-Jähriger sein erstes uneheliches Kind gezeugt. Und die Gesellschaft hat damals ernsthaft darüber diskutiert, ob jemand, der sich sittlich so verfehlt hat, Nationalspieler sein darf. Heute wäre so eine Frage doch total absurd. Aber das Beispiel macht deutlich, wie damals auch christliche Vorstellungen von dem, was zum Beispiel eine gute Familie ist, zugleich die Gesellschaft durchdrungen haben. Es war also selbstverständlich möglich, ein „guter Katholik“ und ein „guter Staatsbürger“ dieses Landes zu sein.

Und wie ist es heute?

Der Staat, die Gesellschaft, haben sich in vielen Themen weit geöffnet und liberalisiert. Die meisten Christen gehen da auch irgendwie mit, aber die Lehre der Kirche bleibt doch ziemlich konstant. Das heißt: Irgendwann fragen sich viele Menschen, ob sie nun liberale Bürger der Gesellschaft oder vermeintlich „stockkonservative“ Katholiken sein wollen. Weil beides nicht mehr so einfach geht wie damals. Und auf einmal fragen sie sich – besonders auch Politiker: Wo gehöre ich jetzt eigentlich dazu? Zudem: Sie müssen gewählt werden, da liegt es doch wie von selbst nahe, in Glaubensfragen immer mehr Abstriche zu machen. Und genau das erleben wir allenthalben und seit Jahrzehnten. Daher kommt dann auch unser Ringen um den Gehalt des „C“ bei den Unionsparteien.

Und was sagen Sie zu Kruzifixen in öffentlichen Gebäuden?

Ich begrüße das grundsätzlich, aber auch differenziert. Ich glaube, dass die jetzigen liberalen Demokratien des Westens vom Menschenbild her im Grunde ihren Ursprung der jüdisch-christlichen Überlieferung verdanken. Und dass wir jetzt dabei sind, diese Wurzeln abzusägen. Aber diese Wurzeln haben aus meiner Sicht zutiefst etwas mit dem Kreuz zu tun. Das Kreuz macht also sichtbar, woher wir kommen. Deswegen zollt man dem auch Respekt etwa in der Präambel unserer Verfassung. Dort ist ja immer noch die „Verantwortung vor Gott“ festgehalten.

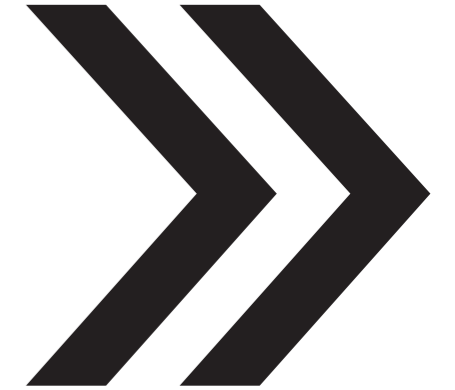
Herr Bischof Oster, vielen Dank für das Gespräch. —

Zur Person

1965

- geboren 1965 in Amberg / Oberpfalz
- 1988 - 2000 Studium der Philosophie, Geschichte, Religionswissenschaften und Theologie
- 2001 Priesterweihe durch Bischof Dammertz von Augsburg
- 2003 Promotion und 2009 Habilitation im Fach Dogmatik an der Theologischen Fakultät in Trier
- 2014 Ernennung von Papst Franziskus zum 85. Bischof von Passau
- 2016 - 2022 Vorsitzender der Jugendkommission
- 2022 Berufung als Kontaktbischof für die DJK-Sportjugend

2024

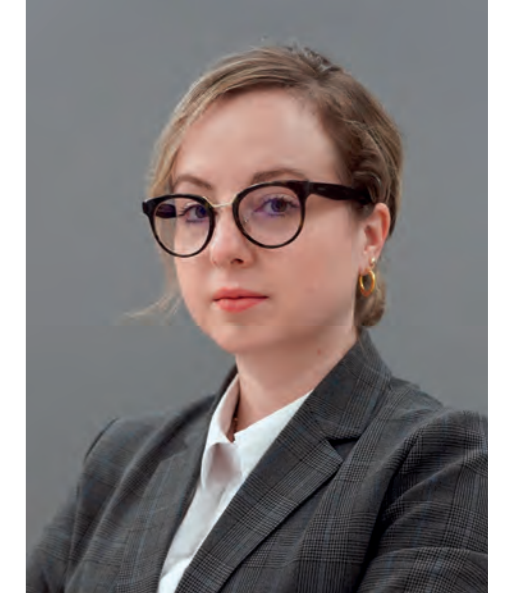


EIN KALEIDOSKOP DER VIELFALT UND EINHEIT

26



27



Autorin:
Judith Weinberger-Singh
HSS-Projektleiterin für
Indien, New Delhi

W

Wovon wird gesellschaftlicher Zusammenhalt in Indien beeinflusst? In der heterogenen und traditionell hierarchischen Gesellschaft sind vor allem zwei Faktoren entscheidend: eine starke nationale Identität und die familienzentrierte Gemeinschaft.

Indien ist mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Welt, sondern mit seinen 28 Bundesstaaten und acht Unionsterritorien reich an kulturellen Unterschieden, die sich auch linguistisch widerspiegeln: Zu den Amtssprachen Hindi und Englisch gibt es weitere 22 regionale Amtssprachen.

Neben den politischen und religiösen Kontrasten schafft vor allem die wirtschaftliche Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen verschiedenen Kasten und religiösen Gemeinschaften Spannungen und beeinträchtigt die soziale Kohäsion. In Anlehnung an das Zitat von Siddharta aus dem gleichnamigen Buch von Hermann Hesse „Von jeder Wahrheit ist das Gegen-

teil ebenso wahr“ vereint das wirtschaftlich aufstrebende Schwellenland unter anderem auch ökonomisch extreme Gegensätze und unterschiedliche soziale Geschwindigkeiten: Mit einer neuen Rekordzahl von rund 200 Personen mit einem persönlichen Gesamtvermögen von über einer Milliarde US-Dollar liegt Indien laut aktuellem Forbes-Ranking weltweit auf Platz drei des Milliardärs-Index. Gleichzeitig befindet sich Indien im Welthunger-Index-Platz noch immer im letzten Drittel (111 aus 125 Ländern).

Demokratische Struktur und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wie lässt sich in einem kulturell so diversen und multiethnischen Land wie Indien gesellschaftlicher Zusammenhalt definieren? Bei der Annäherung an eine Antwort hierauf spielt die demokratische Struktur Indiens eine zentrale Rolle. Nach der Unabhängigkeit von den Briten 1947 legitimierte sich die neue politische Autorität und ihr institutioneller Rah-

«Die nationale Identität schafft einen übergeordneten Bezugspunkt, der alle Heterogenität der Gesellschaft überbrückt.»

28

men durch die Idee der Demokratie. Das neue Indien und die mit ihm einhergehende postkoloniale Identitätsbildung sind daher wesentlich an die nationale Identität und seine demokratische Staatsform geknüpft, welche die heterogene Gesellschaft einen sollte. Darauf aufbauend formuliert die indische Verfassung das Selbstverständnis dieser Demokratie, „Einheit und Integrität sowie Brüderlichkeit unter den Bürgern herzustellen“, was auch in der weiteren Entwicklung Indiens immer wieder als Anspruch gelesen werden kann. „Bharat First“ (Indien zuerst) ist mittlerweile nicht nur zu einem außenpolitischen Leitmotiv geworden, sondern die nationale Identität schafft einen übergeordneten Bezugspunkt, der alle Heterogenität der Gesellschaft überbrückt und sich im Alltag unter anderem auch in Themen wie Cricket, Esskultur und Gastfreundschaft manifestiert und in Krisen (wie zum Beispiel Covid-Pandemie) zur sichtbaren Triebfeder gemeinschaftlichen Handelns wird.

Politisierung der Religion

Ein weiterer Aspekt für das Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt in Indien liegt ab dem Ende der 1980er-Jahre in der Politisierung der Religion. Diese Politisierung betraf vor allem den Hinduismus, dem rund 80 Prozent der Inder angehören. Die sichtbare Verlagerung des Hindutva-Narrativs (hindu-nationalistische

Ideologie) in den öffentlichen Raum führte unter anderem dazu, dass alle Religionen und die jeweilige individuelle Zugehörigkeit öffentlich an Bedeutung gewannen und gleichzeitig vermehrt der Hinduismus mit der indischen Identität gleichgesetzt wurde. Dieser politisch motivierte Paradigmenwechsel habe sich negativ auf die interreligiösen Beziehungen ausgewirkt und wird in einem Hintergrundpapier zum sozialen Wandel in Indien der Bertelsmann Stiftung (2020) auch als Untergrabung der soziokulturellen Vielfalt der indischen Gesellschaft bezeichnet.

Konzepte der Hindutva-Ideologie prägten auch bei den diesjährigen nationalen Parlamentswahlen die Wahlkampfretorik der wiedergewählten Regierungspartei BJP, deren Fokussierung auf religiöse Themen und Symbolik sich bei den Wählern als weniger populär erwies als erwartet und damit ausschlaggebend für das gute Wahlergebnis der Opposition war. Ein deutliches Signal der indischen Bürger an die Regierung.

Wirtschaftliche Öffnung Indiens

Darüber hinaus begann Anfang der 1990er-Jahre die wirtschaftliche Öffnung Indiens, die entscheidend für das Wachstum der Mittelschicht war. Letzteres ermöglichte



Die teuerste Hochzeit weltweit fand im Juli in Mumbai statt.



Cricket ist Volkssport in Indien, und zwar über alle sozialen Schichten hinweg.

29

den sozialen Aufstieg traditionell benachteiligter sozialer Gruppen, auch der Angehörigen niedriger Kasten. Trotz rechtlicher Abschaffung und Reformen bleibt das jahrtausendalte Kastensystem in vielen Teilen des Landes tief verwurzelt und wirkt bis heute als Bollwerk der traditionellen Gesellschaftsordnung. In anderen Worten: Es spaltet und eint zugleich. Diese hierarchische Einteilung der Hindus, aber auch Christen und Moslems definiert den konkreten Handlungsrahmen für den sozialen Zusammenhalt auf einer eher lokalen und kleinräumigen Ebene, die von außen nur schwer zu durchdringen ist. Der Sozialreformer und Verfasser der indischen Verfassung, Dr. Bhimrao Ramji Ambedkar, bezeichnete das Kastensystem daher auch als ein mehrstöckiges Gebäude ohne Treppen.

Soziales Zugehörigkeitsgefühl und familiäre Bindungen

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass soziales Zugehörigkeitsgefühl und Verantwortungsbewusstsein vor allem in familiären Beziehungsgeflechten und in der eigenen (Glaubens-)Gemeinschaft verankert sind und sich hier auch der soziale Zusammenhalt manifestiert. Werte wie der unbedingte Familienzusammenhalt oder das nach wie vor verbreitete Lebensmodell des Mehrgenerationenhaushalts sind darauf zurückzuführen:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in Indien vor allem familiärer Zusammenhalt. Dieser steht in positiver Wechselwirkung und Abhängigkeit mit der unmittelbaren Gemeinschaft, die sich entweder aus der eigenen religiösen Verwurzelung konstituiert, sich auf die örtliche Nachbarschaft beziehen kann – die vor allem im ländlichen Raum ebenfalls meist nach religiöser oder kastenbasierter Gliederung organisiert ist – oder sich nach ökonomischen Gesichtspunkten zusammenfindet. Oft ist es eine Mischung aus allen drei Faktoren.

Verbunden ist diese sehr individuelle Wirkungsebene der sozialen Kohäsion mit der Identifikation mit der übergeordneten nationalen Zugehörigkeit, die den Schmelztiegel der Völker eines ganzen Subkontinents eint. —

Lesen Sie hier auch das Interview mit unserer Projektleiterin Judith Weinberger-Singh. Sie ist eine unserer starren Frauen im Ausland.



UNTRENNBAR VERBUNDEN GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND WERTE

Autorin: Barbara Becker, MdL

30

N

Nichts hat unsere Gesellschaft so sehr geprägt wie die christlichen Grundwerte. Nächstenliebe, (Eigen) Verantwortung und Vergebung gestalten unser Grundgesetz, unsere Gesetze, unser Zusammenleben. Daran ändert auch die veränderte Rolle der Kirchen nichts. Wir müssen heute diese Werte energischer bewusst machen und ins aktuelle Leben überführen.

Wenn wir über Werte reden, sind wir uns schnell einig. Aber die Tat ist die Wahrheit der Absicht. Beispiel Gleichberechtigung. Sie bedeutet auch, dass Frauen sich jederzeit sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Catcalling, also anzügliche Sprüche, Gesten oder Pfiffe, oder andere Machtdemonstrationen gegenüber jungen Frauen sind (noch) nicht strafbar, trotzdem ist es ein absolut unerwünschtes Verhalten. Das müssen wir unseren

Heranwachsenden – und allen, die mit uns hier leben wollen – beibringen. Nur wenn Werte in konkretes Handeln übersetzt werden, haben sie einen Wert für unser Zusammenleben.

Werte beschreiben Rechte und Pflichten

Freiheit und Verantwortung sind untrennbar verbunden, auch das ist ein Wert. Wir setzen Freiheit als selbstverständlich voraus. Sie wird uns aber nur erhalten bleiben, wenn wir auch Verantwortung übernehmen und einüben. Deshalb wollen wir als CSU eine verpflichtende Gesellschaftszeit einführen. Das heißt Verantwortung übernehmen für Soziales, Umwelt- und Katastrophenschutz, Pflege oder Verteidigung. Zusammenhalt entsteht auch durch Zusammenarbeit.



Barbara Becker ist Landtagsabgeordnete (CSU), Mitglied des Haushaltsausschusses, Vorsitzende der AG Frauen und des Evangelischen Arbeitskreises der CSU sowie Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung.

31

Wir brauchen eine Streitkultur

Politik ist das gemeinsame Organisieren des Zusammenlebens. Und dazu muss man nun mal miteinander reden und sich einigen – noch ein Wert. Dazu gehört das, was wir Streitkultur nennen: nämlich die Freude am Ringen um die gute Lösung, Argumente im Gespräch testen, unterstellen, dass auch der oder die andere einmal Recht haben könnte.

Wenn ich mit Klimaschützerinnen und Klimaschützern diskutiere, nenne ich gerne neue Technologien, Zahlen, Fakten. Oft verliert mein Gesprächspartner dann schnell das Interesse und sagt: „Weißt du, ich tu's halt für meine Kinder.“ Abbruch des Gesprächs und Abdriften auf eine allgemeine Werte-Ebene.

„Rettung der Welt“ schlägt konkrete Idee. Das ist kein Dialog, keine Verständigung. Auch Streitkultur will gelernt und geübt werden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht von allein. Es braucht hierzu Grundwerte. ■

EIN LICHT FÜR DIE VERGESSENEN

Autorin: Susanne Hornberger
Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

32

V

Vielen Rentnern reicht das Geld zum Leben nicht. Auf den Straßen sieht man immer mehr betagte Menschen Pfandflaschen aus dem Abfall sammeln. Da ist es für einige Ältere geradezu ein Wunder, wenn sie Hilfe vom Verein LichtBlick Seniorenhilfe erhalten.

„Ich hab nicht mehr leben wollen. Ja, der Gedanke war da ...“, den Satz bringt Lieselotte Pawlowsky nicht zu Ende, Tränen laufen über ihre Wange. Die 75-Jährige wischt sie weg. Pawlowsky gegenüber sitzt Hildegard Wieser, die in die Stille hinein zustimmend nickt. „Ich wollte auch nicht mehr leben, das ist noch

gar nicht so lange her“, flüstert die 85-Jährige, „ich hatte auch Depressionen.“ Es sind Worte, die sitzen. Worte, die einen berühren und verstummen lassen. Worte, die einem noch lange in den Ohren nachhallen.

Wir sitzen an einem großen weißen Holztisch bei LichtBlick Seniorenhilfe im Münchner Stadtteil Au. Der Verein lebt von Spenden und unterstützt unverschuldet in Not geratene Senioren finanziell. Über 31.000 bedürftigen älteren Menschen hilft LichtBlick Seniorenhilfe – darunter 27.000 Senioren ein Leben lang – und gibt gleichzeitig neuen Mut und neuen Lebenswillen. „Schwerpunkt

ist Oberbayern – Niederbayern und Münster sind nun auch dazugekommen“, erklärt Lydia Staltner, die vor 21 Jahren LichtBlick Seniorenhilfe ins Leben gerufen hat. Auslöser damals war eine alte Dame mit Buckel und Gehwagerl in der Au, die Sommer wie Winter selbst bei 30 Grad Hitze Wintermantel und Winterschuhe trug. „Die muss doch schwitzen, da muss doch irgendwas sein, dachte ich mir“, erinnert sie sich, „bis mir klar wurde: Sie hatte nichts anderes zum Anziehen.“ Da beschloss Staltner: „Für die oiden Leit mach i was.“ Heute, 21 Jahre später, unterstützt LichtBlick Seniorenhilfe allein in München rund 10.000 Seniorinnen und Senioren.

Trotz Jahrzehnten Vollzeitarbeit kein Geld für Brot

Zwei davon erzählen uns heute ihre Geschichte. „Ich konnte mir nicht mal mehr Brot kaufen“, nach diesem Satz stockt die quirlige Hildegard Wieser kurz und blickt in ihre Teetasse. Dann fährt sie fort: „Ich war finanziell am Ende, mir ist es so dreckig gegangen.“ Und das, obwohl die Münchnerin seit ihrem 14. Lebensjahr immer Vollzeit gearbeitet hat. Mit 19 Jahren bekommt sie Sohn Werner, der Vater lässt sie im Stich. Später lernt sie ihren Mann kennen, sie bekommen Sohn Andreas. „Mein Ehemann ist jeden Abend von der Arbeit in die



Dank LichtBlick mit neuer Zuversicht: Hildegard Wieser (u.l.) und Lieselotte Pawlowsky (u.r.) mit Lydia Staltner, Susanne Hornberger und Ines Weinzierl (o. von l.).

33

«Die allermeisten schämen sich, denn sie haben in ihrem Leben jahrzehntelang gearbeitet.»

Wirtschaft, hat getrunken und mich geschlagen“, sagt Wieser mit fester Stimme.

Sie ist es, die den gesamten Haushalt schmeißt. „Wir hatten keine Waschmaschine und eine Kohlenheizung“, erinnert sie sich, „ich habe also jeden Tag Kohle in den vierten Stock geschleppt, dann den Kinderwagen, weil dieser nicht unten stehen durfte, dann die Kinder.“ Gearbeitet hat Hildegard Wieser damals schon lange, Vollzeit als Bürokauffrau unter anderem bei der Caritas. Die Kinder bringt sie in der Früh in die Krippe und holt sie nach acht Stunden wieder ab. „Ich weiß heute gar nicht mehr, wie ich das alles geschafft habe, wenn ich ehrlich bin.“

1975 lässt sie sich scheiden, „endlich“. Nun ist sie mit den Söhnen

Ein Leben lang gearbeitet und dennoch reicht die Rente nicht für das Nötigste.

Dieses Schicksal trifft mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland. Als erster Verein seiner Art in Deutschland setzt sich LichtBlick Seniorenhilfe e.V. seit 2003 für Senioren ein, deren Mittel für ein Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe nicht ausreichen. Bedürftige Senioren werden dank prominenten Spender und Partner schnell, unbürokratisch und dauerhaft finanziell unterstützt. Der Verein mit Büros in München, Deggendorf und Münster berät auch in Situationen wie Krankenhausaufenthalt, Umzug oder Haushaltsauflösung. Zudem setzt sich der Verein bei Politik und Medien für bedürftige alte Menschen ein.

Wer mehr wissen oder spenden will, kann sich über die Website seniorenhilfe-lichtblick.de informieren.



„Ich hab mich zammgrissen, es hilft ja nix“, blickt Hildegard Wieser zurück.

allein. Wieser setzt sich aufrecht hin. Weil das Geld als Alleinerziehende knapp ist, arbeitet sie nachts schwarz bei einer Datenverarbeitungsfirma. „Das hab ich für die Kinder gemacht, von 20 Uhr bis Mitternacht drei Mal in der Woche und auch am Samstag und Sonntag.“ Gejammert habe sie nie. „Ich hab mich zammgrissen, es hilft ja nix.“

Mit der Rente wachsen die Sorgen

Selbst als sie schwer an Krebs erkrankt und 2010 ihr erster Sohn Werner plötzlich an Herzversagen stirbt, wird sie schwer gebeutelt, aber nicht umgehauen. Aufgrund der heftigen Krebsbehandlung kann Wieser nicht mehr arbeiten und muss mit 52 Jahren die Erwerbsunfähigkeitsrente in Anspruch nehmen. Sie rappelt sich auf und schöpft als Tagesmutter wieder Kraft. „Ich habe mich um einen fünf Wochen alten Buben gekümmert, auch am Wochenende“, berichtet Wieser. Als Leandros zur Schule kommt, bringt sie ihn hin und holt ihn wieder ab. „Ich mag ihn

sehr gerne, noch heute – Leandros ist schon 25 Jahre alt – wir sind ein Herz und eine Seele“, sagt sie und strahlt. Für die Betreuung erhält sie 150 Euro – die Rente ist etwas aufgebessert. Etwa acht Jahre lang betreut sie den Buben, doch dann geht es nicht mehr aus gesundheitlichen Gründen.

Mit der Rente wachsen die Sorgen, denn das Geld reicht vorne und hinten nicht. 1.200 Euro Rente erhält Wieser im Monat, davon muss sie allein für ihre Wohnung 840 Euro berappen. Als die Preise für Lebensmittel immer weiter steigen, geht es irgendwann nicht mehr. Sie ernährt sich von Suppe, Nudeln („die sind mir schon bald oben rausgekommen“), Kartoffeln („mit ihnen kann man viel machen“). Für Brot reicht es nicht mehr, sie ist am Ende, weiß nicht mehr weiter. Dann, vor acht Jahren, kommt die Münchnerin „über eine Bekannte“ zu LichtBlick Seniorenhilfe. Hildegard Wieser beginnt zu strahlen: „Jeder ist hier immer so freundlich, sonst würde mir das so

«20 Euro über der Bemessungsgrenze – und schon fällt man aus dem System.»

schwerfallen, hierherzukommen.“ Tatsächlich fällt es vielen Betroffenen nicht leicht, durch die Tür in der Schweigerstraße 15 zu gehen, um bei den LichtBlick-Mitarbeitern um Unterstützung jeglicher Art zu bitten. Viele sehen das als Betteln oder Schnorren, die allermeisten schämen sich, denn sie haben in ihrem Leben jahrzehntelang gearbeitet. „Ich bin ja auch vom alten Schlag“, beschreibt sich Wieser. Doch heute



Schicksale, die sonst nicht gehört werden: Hildegard Wieser (l.) erzählt Susanne Hornberger, Leiterin der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, warum sie von Altersarmut betroffen ist.

ist sie unendlich froh, dass sie den Schritt hierher gewagt hat, „ich bin noch nie abgelehnt worden“. Und zählt auf, welche Unterstützung sie von LichtBlick Seniorenhilfe bereits erhalten hat in den acht Jahren: eine neue Waschmaschine, eine neue Matratze, einen Kühlschrank, immer mal wieder Lebensmittelscheine „und vor zwei Wochen erst Geld für Unterwäsche“. Im vergangenen Jahr gab es Unterstützung einer Modemarke, die Kleidung in kleinen Größen gespendet hat. Wieser, die sehr zierlich ist, huscht ein Lächeln über die Lippen: „Da habe ich wunderschöne Kleidung erhalten.“ Sie schaut kurz in die Runde. „Ohne LichtBlick wüsste ich nicht, wie es weitergehen soll.“

Für was noch leben?

Nun nickt ihr Gegenüber beipflichtend. „Dem kann ich nur zustimmen“, sagt Liselotte Pawlowsky, „ich bin plötzlich dagestanden und dachte, es geht nicht mehr weiter und war so weit, dass ich mir etwas antun wollte.“ Kurzes Schweigen, dann beginnt

sie, ihre Geschichte zu erzählen, die Parallelen zu Wieser aufweist. Vor acht Jahren verliert Pawlowsky nach über 20 Jahren Partnerschaft ihren Lebensgefährten, von jetzt auf gleich. „Da bricht nicht nur die Welt zusammen, sondern ich bin plötzlich ohne etwas dagestanden.“ Die 75-Jährige hatte ihr Geld für den Haushalt ausgegeben, ihr Partner zahlte Miete, Strom und das Auto. Pawlowsky lächelt: „Da ging's mir gut – ich bin ja kein Luxusmensch.“

1.300 Euro Rente bezieht die Münchnerin, davon zahlt sie 720 Euro Miete und 140 bis 150 Euro Strom im Monat. Da kann man den Kopf nicht ewig oben halten. Oft quäle sie die Frage „für was lebe ich überhaupt noch? Was gibt es noch?“

Trotzdem kann sie sich überwinden und zum Sozialamt gehen, um Mietzuschuss zu erhalten. Doch dies wird sofort abgelehnt, „weil ich 20 Euro zu viel verdient habe“. 20 Euro über der Bemessungsgrenze und schon fällt man aus dem System. Lydia Staltner,

LichtBlick Seniorenhilfe unterstützt allein in München rund 10.000 Seniorinnen und Senioren



Politiker, die sich auch um Senioren kümmern: Ministerpräsident Markus Söder und Sozialministerin Ulrike Scharf (l.) mit Ludwig Ortman, Lieselotte Pawlowsky, Jutta Waldbrunner und Lydia Staltner (v.l.).

36 die Gründerin von LichtBlick, nennt genau das „die versteckten Armen, die in keiner Statistik auftauchen und einfach durchrutschen“.

In der Verzweiflung aufgefangen

Beim Sozialamt erbarmt sich die Mitarbeiterin, „weil ich aus Verzweiflung geschluchzt habe und wir uns sympathisch waren“, und gibt Pawlowsky diverse Flyer mit Angeboten für Ältere mit, darunter der von LichtBlick Seniorenhilfe. Ein Lächeln huscht über ihr Gesicht, als sie sagt: „Hier wurde ich sofort aufgefangen, man sagte, ich solle nicht verzweifeln, sondern mit Unterlagen hierherkommen. Das war LichtBlick im besten Sinne.“ Sieben Jahre ist das her. Seitdem unterstützt LichtBlick sie mit einem Kochherd, „weil der alte über 20 Jahre alt war und so viel Strom verbraucht hat, mehreren Lebensmittelgutscheinen, neuen Schuhen und Winterkleidung, „ich durfte mir eine Federbettdecke kaufen und eine Strom-Nachzahlung von 416 Euro wurde übernommen und die GEZ-Gebühr“. Sie beugt sich

nach vorne. „Es ist ja alles teurer geworden.“

Auch Lieselotte Pawlowsky hat ihr Leben lang gearbeitet. Gelernt hat sie Großhandelskauffrau, doch weil sie durch das Schreibmaschinenschreiben in beiden Armen eine länger andauernde Sehnenentzündung bekam, hat sie die Lehre abgebrochen. Sie wechselt in eine Spielefabrik und kümmert sich hier – drei Jahre lang - um den Postversand. Mit 18 Jahren arbeitet sie als Bedienung. Als ihr Chef zudringlich wird, kündigt sie. Sie bekommt sofort wieder einen Job: In einer Kleiderfabrik arbeitet sie als Telefonistin. Als sie heiratet und ihr

erstes Kind bekommt, hört sie auf zu arbeiten. „Mein Mann wollte, dass ich aufhöre und mich um das Kind kümmere.“ Sie bekommt ein zweites Kind. Doch nach fünf Jahren lässt sie sich scheiden, weil ihr Mann trinkt und sie schlägt.

Mit ihren zwei Kindern – ein Bub und ein Mädels - hält sie sich mit diversen Jobs über Wasser: Sie übernimmt Vollzeit eine Hausmeisterei, mittags arbeitet sie stundenweise in der Altenhilfe, „dafür gab's in der Stunde fünf Mark“, erinnert sie sich und lacht, „ich habe gekocht für die alten Damen und Herren, sie frisiert und die Nägel geschnitten“. Im Traum wäre ihr nicht eingefallen, jemanden „an-

zubetteln“. „Bevor ich gefragt habe, habe ich geputzt.“ Dreimal in der Woche putzt Pawlowsky nachts in drei Lokalen, wäscht und gebügelt – eine alleinstehende Freundin kümmert sich derweil um die Kinder. Irgendwann fängt sie an, Trachtenpuppen zu nähen, „zehn Stunden habe ich für eine Puppe gebraucht und hab dafür 30 Mark erhalten“, berichtet sie und zeigt mit ihren Händen die Größe der Puppen. „Eine habe ich sogar nach England verkauft.“

Die Hausmeisterei gibt sie auf, als ihr Sohn Michael 18 Jahre jung an Leukämie stirbt. Und findet etwas später Halt in einem strukturierten Job als Empfangsdame und Telefonistin bei einer Versicherung. „Das war Vollzeit und bis zur Rente, also 20 Jahre habe ich hier gearbeitet, es hat Spaß gemacht.“ Sie überlegt kurz. „Ich hab halt lauter kleine Jobberl gemacht.“ Sie sagt es lachend, aber das Lachen soll ihre Verzweiflung übertünchen.

Wenn Sparen zur alltäglichen Herausforderung wird, werden nicht nur Angebote der verschiedenen Lebensmittelgeschäfte verglichen, sondern auch weitere Strecken mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln in Kauf genommen, um entsprechende Schnäppchen zu erwerben. Das machen beide, Pawlowsky und Wieser.

Von der Politik verlassen

Welche Wünsche denn die beiden haben? „Ich würde so gerne mal wieder in den Zoo gehen – ich liebe die Alpaka“, sagt Pawlowsky sofort. Das ist für LichtBlick Seniorenhilfe kein Problem. „Da müssen wir nachher gleich sprechen, wir ermöglichen Ihnen das“, antwortet LichtBlick-Mitarbeiterin Ines Weinzierl, die an unserem Tisch sitzt. Der Wunsch von Wieser ist nicht so einfach zu erhalten: „Ich hätte gerne eine Freundschaft zu einer Frau oder einem Mann, ganz egal. Mehr nicht.“ Wie

sieht es mit Wünschen an die Politik aus? Wieser winkt ab. „Ich fühle mich von der Politik verlassen. Sehr sogar.“ Pawlowsky hingegen sagt resolut: „Politiker sollten sich mehr um die Alten kümmern, denn die Alten sind diejenigen, die den Wohlstand erbracht haben.“

Lydia Staltner kommt wieder an unseren großen Tisch. „Genau das ist unsere Philosophie“, erklärt sie und legt ihre Hände auf Pawlowskys Schultern, „alle hier haben eine Lebensleistung erbracht, alle bekommen Rente, haben Kinder großgezogen. Ihnen muss man etwas zurückgeben, weil sie dazu beigetragen haben, dass es uns jetzt gutgeht.“ Möglichst vielen wollen sie hier helfen. 80 Prozent sind Frauen, „wir wissen, dass Altersarmut weiblich ist“.

Viele, die zu LichtBlick kommen, schlafen auf dem Boden auf einer Matratze, besitzen keinen Kleiderschrank, weil der alte zusammengefallen ist, sie können wichtige Medikamente nicht bezahlen oder können weder fernsehen noch lesen, weil Krankenkassen keine Brillen mehr bezahlen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Staltner: „Jeden Tag gibt es Momente, wo man sagt: Meinetwegen sei.“ Und so wird die LichtBlick Seniorenhilfe-Familie jeden Tag größer. „Wir haben fünf bis zehn Anträge jeden Tag“, berichtet Staltner. Und das, führt sie fort, obwohl der Rentendurchschnitt oft nicht einmal wenig sei, „zwischen 700 bis 1.100 Euro etwa“. Staltner rechnet vor: „Wenn jemand zehn Jahre gearbeitet hat und 3.000 Euro verdient hat, bekommt er 263 Euro.“ Man sehe also, dass die Senioren hier wirklich Leistung erbracht und wirklich gearbeitet haben.

Welchen Wunsch sie an die Politik hat? „Eine grundsätzliche Rentenreform. Außerdem finde ich, dass Poli-



Wieder ein Stück Lebensfreude: Lieselotte Pawlowskys Wunsch wird erfüllt: ein Besuch im Tierpark.

37 tik den Menschen, die arbeiten gehen, mehr Würde schenken, nicht so viel Steuern abziehen und überhaupt zum Arbeiten motivieren sollte.“ Die Seniorinnen nicken zustimmend. Und stecken die Köpfe zusammen, reden und lachen. LichtBlick Seniorenhilfe ist für sie nicht nur zu einem persönlichen „LichtBlick“ geworden, sondern auch zu einem Ort mit Halt und Unterstützung. ■

LichtBlick fängt Seniorinnen und Senioren in ihrer Not auf. Hören Sie hierzu:

Lydia Staltner, die Gründerin



Lieselotte Pawlowsky



Hildegard Wieser



BERND POSSELT



Bernd Posselt (68) ist der Sohn eines Sudetendeutschen und einer Steirerin. Der gelernte Redakteur vertrat Bayern von 1994 bis 2014 als CSU-Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er ist Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland und Mitglied des CSU-Parteivorstandes mit Kompetenz für Mittel- und Osteuropa.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Millionen von Deutschen aus den deutschen Ostgebieten vertrieben. Es war eine große Leistung der jungen Bundesrepublik Deutschland, diese Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Heute sind die ehemaligen Vertriebenen fest integriert, leben hier in erster, zweiter oder gar dritter Generation und fühlen sich gut angenommen. Wie ist das gelungen? Dazu haben wir Bernd Posselt befragt.

FRAGE

1

Was war das Ziel der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei ihrer Gründung?

Nach der kollektiven Entrechtung und Vertreibung von etwa drei Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei, die 1946 ihren Höhepunkt erreichte, ging es der 1949 gegründeten Landsmannschaft vor allem darum, die Kultur und Traditionen aus der Heimat zu pflegen, den Zusammenhalt der Landsleute in der Zerstreuung zu bewahren und ihnen wirtschaftlich und sozial zu ermöglichen, wieder einigermaßen auf die Beine zu kommen. Außerdem wollte man die Möglichkeiten einer Rückkehr in die Heimat ausloten, individuelle und kollektive Rechte wahren, die Aussöhnung mit dem tschechischen Volk suchen – etwa durch das Wiesbadener Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Exiltschechen – sowie an einem einigen und freien Europa mitarbeiten.

FRAGE

2

1954 übernahm Bayern die Schirmherrschaft über die Volksgruppe. Was bedeutete dies?

Vor allem bedeutete es einen starken moralischen, kulturellen und politischen Rückhalt für alle Sudetendeutschen – für jene Hälfte der Volksgruppe, die in Bayern lebte, aber auch für alle außerhalb Bayerns, für die, wie man oftmals vergisst, die Schirmherrschaft ebenfalls gilt. Hinzu kam die Idee vom „vierten Stamm“ neben Altbaiern, Franken und Schwaben, was die Möglichkeit bot, sich zu integrieren, ohne sich zu assimilieren – also die eigene Kultur und Identität zu bewahren und fortzuentwickeln.

39

FRAGE

3

Kann man junge Menschen heute noch motivieren, der Volksgruppe beizutreten?

Infolge von Heirat mit Nicht-Sudetendeutschen haben immer mehr Menschen in Bayern und darüber hinaus sudetendeutsche Wurzeln. Gleichzeitig wächst bei einem Teil der Angehörigen der nachgeborenen Generationen das Interesse an ihrer Herkunft und an der Wurzelheimat ihrer Vorfahren. Viele von ihnen, gerade auch sehr junge Menschen, erreicht die Landsmannschaft über ihr Soziales Netzwerk sudeten.net, über jüngere und junge Besucher des preisgekrönten Sudetendeutschen Museums in München, durch Ausstellungen wie jene über Otfried Preußler oder Oskar Schindler. Hinzu kommen zahlreiche Kontakte über Publikationen und über „Sudetendeutsche Tage“, aber auch bei kleineren Heimattreffen, die oftmals in den Böhmisches Ländern stattfinden. Inzwischen bestehen die Gremien der Landsmannschaft, aber auch die vielen Kulturorganisationen weitgehend aus nachgeborenen Sudetendeutschen. Eine wichtige Rolle gerade in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Tschechen spielt die Sudetendeutsche Jugend.

EMPFEHLUNG



In unserer Reihe Aktuelle Analysen erschien im Juli 2024 die 100. Ausgabe mit dem Titel: **Ist die Soziale Marktwirtschaft passé?**

Diese Ausgabe erscheint in einem neuen und modernen Look. Und das Thema könnte nicht aktueller und grundlegender sein. Professor Ulrich Blum, Stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, analysiert das Fundament des deutschen Staatwesens: **die Soziale Marktwirtschaft.**

THEMENPORTAL „GESELLSCHAFT“



Sie möchten regelmäßig über passende Bildungsangebote informiert werden? Dann bestellen Sie unsere Veranstaltungshinweise - einfach einloggen unter www.hss.de/newsletter-bestellen/



Auf unserem Veranstaltungsportal unter www.hss.de/veranstaltungen/ erhalten Sie einen Überblick über Veranstaltungen zum Thema Gesellschaft – durchgeführt von und mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Carl, Verena / Unzicker, Kai:
Anders wird gut: Berichte aus der Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2023.
- Rostalski, Frauke:
Die vulnerable Gesellschaft: Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit.
C.H. Beck, München 2024.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.):
Barbara Stamm – Inspiration für das soziale Miteinander.
politicus 3/2023, Das Magazin für Politik und Gesellschaft, München 2023.
- Stegbauer, Christian:
Superschwache Beziehungen: Was unsere Gesellschaft kulturell zusammenhält.
Springer, Heidelberg 2023.
- Herrmann, Sylvia / Crückeberg, Johannes (Hrsg.):
Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Praxis.
Oekom, München 2024.
- Vogel, Berthold / Wolf, Harald (Hrsg.):
Arbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Konzepte, Themen, Analysen.
Campus, Frankfurt 2024.
- Manthe, Rainald:
Demokratie fehlt Begegnung: Über Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts.
Transcript, Bielefeld 2024.
- Welzer, Harald:
Zeiten Ende: Politik ohne Leitbild, Gesellschaft in Gefahr.
S. Fischer, Frankfurt am Main 2023.

KURS VERLOREN

OHNE WURZELN IST KEIN STAAT ZU MACHEN

Autor: Andreas von Delhaes-Guenther

Stellvertretender Leiter des Referats Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Ende 2015 sagte die Grüne Katrin Göring-Eckardt zur steigenden Migration: „Unser Land wird sich ändern – und zwar drastisch. (...) Ich freu' mich drauf!“ Schon Silvester 2015 wich die Freude dem Entsetzen, als am Kölner Dom hunderte Migranten sexuelle Übergriffe verübten. Weitere Straftaten, Terroranschläge und Kalifatsdemonstrationen

te die illegale Migration oder illegale Migration beendet die demokratische Mitte. Zusätzlich verunsichern die Menschen auch der Ukraine-Krieg, eine windige Energieversorgung, ein aufgeblähter Sozialstaat, marode Infrastruktur und Habecks dirigistische Planwirtschaft mit ausufernden Subventionen, Rekord-Insolvenzen und

«Die Menschen verlieren ihr Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie.»

folgten, dazu Gewalt in Bädern, Schulen, Parks, Kliniken und auf Festen. Die Kriminalitätsstatistik zeigt aber nicht alles. Sogar der Grüne Cem Özdemir berichtete jetzt über sexuelle Belästigungen seiner Tochter durch Migranten, und „was dahintersteckt: die patriarchalen Strukturen und die Rolle der Frau in vielen islamisch geprägten Ländern“. Ein Tabu bei Grünen und Linken, immer noch. Hinzu kommen überbeanspruchte Kommunen, Kitas und Schulen, Konkurrenz am Wohnungsmarkt und die enorme Belastung der Sozialkassen. „In vielen deutschen Städten fühlen sich viele Deutsche nicht mehr zu Hause“, warnte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Es gebe nicht nur „eine logistische, eine sicherheitspolitische, sondern zum Teil auch eine kulturelle Überforderung“.

Das hat Folgen: Die Menschen verlieren ihr Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie. Immer mehr Bürger wählen radikale Parteien. Es trat ein, was Jens Spahn prophezeite: Entweder beendet die demokratische Mit-

Jobverlusten. Uns fehlt zudem eine starke nationale Identität wie etwa in Indien, ein positives Heimatgefühl. Aber ohne Wurzeln ist kein Staat zu machen.

Statt die ganze Welt zu retten, sollten wir uns um die Zustände bei uns kümmern. Eine immer stärker entchristlichte Gesellschaft, die in zunehmend rauerem Tonfall über die politische Korrektheit des Wortes „Weihnachtsmarkt“ statt über die Verteidigung unserer Werte debattiert, Familie als irgendwie „old-fashioned“ betrachtet, in erheblichen Teilen den Leistungsgedanken als bedrohlich und Ehrenamt als lästig empfindet, die hat ihren Kurs verloren. Während unsere Kinder Influencer statt Polizist als Berufswunsch angeben, sammeln unsere Rentner Flaschen, um zu überleben.

Ja, die Gesellschaft verändert sich. Dramatisch. ■

KRANKES GESUNDHEITSWESEN

Eine grundlegende Strukturreform ist dringend nötig

Autor: Dr. Oliver Erens

Arzt und Publizist; er ist Präsident der Vereinigung der Medizin- und Wissenschaftsjournalisten, dort als Chefredakteur tätig und hat mehrere Fachbücher herausgegeben.

Hightech-Medizin dringt auch in bislang schier unerreichbare Bereiche vor. Man denke nur an mRNA-Impfstoffe, die während der Covid-19-Pandemie von Deutschland aus ihren Siegeszug um die Welt antraten. Und die Zulassung von personenindividuellen Krebstherapeutika und -impfungen steht praktisch unmittelbar bevor.

Woran krankt aber unser Gesundheitswesen?

Dennoch gibt es zahlreiche Probleme: Der Fachkräftemangel ist leider allgegenwärtig. Wer einen ambulanten Behandlungstermin vereinbaren will, muss oft monatelang warten oder findet häufig gar keinen Haus- oder Kinderarzt. In Krankenhäusern werden vorübergehend ganze Stationen vom Netz genommen, und manche Klinik schreibt nicht nur rote Zahlen, sondern ist inzwischen insolvent und deshalb von der Landkarte verschwunden. Schon für Notfälle wird es zunehmend schwieriger, ein freies Bett zu finden. Und geplante Eingriffe oder Operationen werden immer häufiger verschoben oder ganz abgesagt. Die Notaufnahmen quellen über mit Menschen, die sich selbst als Notfall bezeichnen, aber nicht selten von Beschwerden sprechen, die sie seit Wochen oder Monaten plagen.

Gründe für unser krankes System gibt es viele. Allen voran: zu wenig Geld, zu hohe Leistungsausgaben und ein ausgeprägtes Anspruchsdenken vieler Patienten. Leider ist es bislang nicht gelungen, eine wirksame Patientensteuerung zu installieren. Ein zaghafter Versuch war vor zwanzig Jahren die Einführung der Praxisgebühr als Zahlung bei Praxisbesuchen. Aber schon 2013 wurde sie wieder abgeschafft, weil ihre Ziele – Stärkung der Eigenverantwortung, Reduzierung von Selbstüberweisungen, finanzielle Entlastung der Krankenversicherung – nicht erreicht wurden.

Das deutsche Gesundheitswesen galt lange Zeit als eines der besten der Welt. Doch inzwischen scheint es immer mehr zum behandlungsbedürftigen Patienten zu werden.

Unserem Medizinbetrieb haben wir eine Menge zu verdanken. Nicht zuletzt war unsere Lebenserwartung noch nie so hoch wie heute. Aber ältere Menschen werden auch kränker, benötigen mehr Unterstützung und Zuwendung, und sie sind häufiger auf die moderne Medizin angewiesen.

Errungenschaften der Medizin

Die Errungenschaften der modernen Medizin waren früher unübersehbar: Krankheiten, die bisher als unheilbar oder gar sicheres Todesurteil galten, können heute deutlich gebessert oder sogar geheilt werden. Restitutio ad integrum – die völlige Wiederherstellung der normalen Körperfunktionen nach einer überstandenen Krankheit oder Verletzung – ist schon lange kein Fremdwort mehr.

Eine grundlegende Strukturreform des deutschen Gesundheitswesens lässt seit Jahrzehnten auf sich warten. Die Politik übt sich bis heute im „Herumdoktern“ am System. Auch die aktuelle Bundesregierung hat – trotz diverser gut gemeinter Reformansätze – keinen „Masterplan Gesundheit“ im Gepäck. Zumal die meisten der angestoßenen Veränderungen wohl frühestens in zehn oder zwanzig Jahren greifen und erst einmal Geld kosten werden. Die Krankenhausreform beispielsweise sollte ursprünglich kostenneutral sein, aber inzwischen umfasst sie einen 50 Milliarden Euro schweren Transformationsfonds.

Hinzu kommt, dass die Einnahmen im Gesundheitswesen viel langsamer steigen als die Ausgaben. Daher ist spätestens im kommenden Jahr mit einer massiven Verteuerung der Kassenbeiträge zu rechnen. Außerdem haben sich in letzter Zeit die Agenden verschoben: Seit Klimaschutz und Verteidigung allerhöchste Priorität haben, erscheinen die Probleme von Medizinbetrieb und Gesetzlicher Krankenversicherung beinahe marginal.



Dr. Oliver Erens: „Spätestens im kommenden Jahr ist mit einer massiven Verteuerung der Kassenbeiträge zu rechnen.“

«Man muss den Mut haben, grundsätzliche Veränderungen auf die Agenda zu nehmen.»

„Patentrezepte“ für die Heilung unseres Gesundheitswesens gibt es viele. Hier ein paar Beispiele:

- **Leistungskatalog** beschneiden? Im solidarisch finanzierten System wohl keine gute Idee.
- Flächendeckende **Gesundheitskioske**? Könnten beispielsweise in sozialen Brennpunkten in Großstädten funktionieren, lassen sich aber nicht dem ganzen Land überstülpen.
- Mehr **Telemedizin**? Kann in vielen Fällen sinnvoll sein und sparen helfen.
- Mehr **Studienplätze**? Ja, wir brauchen mehr Mediziner, aber auch eine Refinanzierung.
- Weniger **Bürokratie**? Mehr als überfällig!
- Bessere **Vergütung** der Assistenzberufe? Dringend notwendig, um sie im System zu halten und neue Kräfte anzuwerben.

Alleine an diesen wenigen Beispielen wird klar: „Risiken und Nebenwirkungen“ dieser und anderer Maßnahmen sind schwer prognostizierbar. Und doch muss man den Mut haben, grundsätzliche Veränderungen auf die Agenda zu nehmen: Staat und Gesellschaft sollten sich ideologiefrei dem Patienten Gesundheitswesen zuwenden – dann stehen seine Heilungschancen sicherlich nicht schlecht. ■



Lesen Sie hierzu auch unser Interview mit Dr. Georg Metzger, dem Geschäftsführer der Maximilians-Augenklinik in Nürnberg, zur Krankenhausreform. Er beschreibt die Herausforderungen, Strategien und Maßnahmen zur Vermeidung von Krankenhaus-Insolvenzen.

WAS BLEIBT VON DER EUROPAWAHL 2024?

Autor: Prof. Dr. em. Roland Sturm
Institut für Politische Wissenschaft,
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

W

War es das mit Europa? Zwar wird der Einfluss der europäischen Politik auf Deutschland auch in den nächsten fünf Jahren immer wieder deutlich werden, aber was ist mit der europäischen Idee?

Ein flüchtiger Blick in den Lissabon-Vertrag von 2009 genügt, um festzustellen, dass sich die EU-Mitgliedstaaten zu einer „immer engeren Union der Völker Europas“ verpflichtet haben.

Die Konkretisierung dieser zentralen Verpflichtung spielte im diesjährigen Europawahlkampf so gut wie keine Rolle. Nicht nur waren der Wahlkampf und die Beurteilung des Wahlergebnisses geprägt von der nationalen Perspektive. Auf Wahlplakaten wurden die Bürgerinnen und Bürger bewusst so informiert, als ginge es um Ämter für Personen, die gar nicht zur Wahl standen.

Nach der Wahl wollten Wahlverlierer – am prominentesten Kanzler Olaf Scholz – ihrer bundesweiten Präsenz zur Unterstützung weitgehend unbekannter Kandidaten (in diesem Falle Katarina Barley) keine Bedeutung mehr beimessen. Unbeliebt auf einem Plakat mit unbekannt.

Was ist aus dem Projekt „Vereinigter Staaten von Europa“ geworden?

Was ist aus der SPD von Martin Schulz geworden, der sich einst, wie auch eine Reihe von Unionspolitikern, für das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ stark machte, ganz im Sinne der Fortentwicklung des Lissabon-Vertrages? Junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, so eine Erhebung der Bertelsmann-Stiftung, sind in ganz Europa pro-europäischer eingestellt als ältere Alterskohorten. Deshalb sind die drei Prozent Unterstützung für die Volt-Partei, die Integration auch durch eine Reform der europäischen Institutionen vorantreiben will, nicht so erstaunlich. Indirekt thematisiert die Finalität der europäischen Integration das Wahlergebnis doch. Die Stärkung EU-skeptischer und rechtspopulistischer Parteien weist auf eine andere Vision hin: ein durch nationalstaatliche Priorität geprägtes „Europa der Vaterländer“. Die Rechtsaußen-Parteien können aber eine wesentliche Frage nicht beantworten und versuchen dies auch nicht, nämlich: Wie sollten sich 27, zum Teil sehr kleine Nationalstaaten in einer Welt behaupten mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Giganten wie China und den USA?

Wie geht es nach der Europawahl 2024 weiter? Gerade junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren unterstützten die europäische Idee und die Volt-Partei.



„Europawahlen sind die seltenen Gelegenheiten, die europäische Agenda transparent zu machen. Es sollte daher nicht nur über die Ämterverteilung gestritten werden, sondern auch über die Sinnhaftigkeit der europäischen Integration.“

46

Da die Europawahlen in erster Linie nationale Testwahlen waren, haben sie nicht nur die EU nicht gestärkt. Trotz der einsamen Mahnungen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, Europa sei in „tödlicher Gefahr“, wurden die eigentlichen europäischen Herausforderungen (Klima, Künstliche Intelligenz, Demographie, Handelskriege, Migration, Wirtschaftswachstum) weitgehend ignoriert. Nationale parteipolitische Krisen vergrößerten die Instabilität und Entscheidungsschwäche des Kontinents. Die EVP erwies sich zwar als Ruhepol, aber die französische innenpolitische Krise, samt Neuwahlen, erweckt Skepsis bezüglich des deutsch-französischen Motors der Integration, der wegen der Ampelregierung auf deutscher Seite ohnehin schon stotterte. Ein Rassemblement National, das sich vom Elysée-Vertrag abwendet, wäre auch für ganz Europa ein Problem.

Wie soll die EU-Erweiterung auf 36 Mitgliedstaaten funktionieren?

Nicht nur die Vertiefung der europäischen Integration war anlässlich der Europawahlen kein Thema, das für die Wahlentscheidung eine große Rolle spielte. Das gilt auch für die EU-Erweiterung auf eine EU der 36. Es fehlen Ideen, wie diese finanziell getragen werden könnte. Wer sollen zum Beispiel die neuen Geberländer in der Regional- und Agrarpolitik sein? Wenig bekannt ist auch, mit welchen institutionellen Reformen eine größere EU regiert werden sollte. Eine EU 36 mit 36 Kommissaren, beispielsweise, hat weder genug Aufgaben für alle Kommissare, noch wäre eine solche Kommission arbeitsfähig. Wie beherrscht man die Größe des Europaparlaments? Institutionelle Reformen grundsätzlicher Art bedürften nach den Festlegungen des Lissabon-Vertrages einen EU-Konvent mit Vertretern der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Beteiligung sowohl der Kommission als auch der Staats- und Regierungschefs. Zu kontrollieren wäre dieser Entscheidungsprozess von den Vertretern der Nationalstaaten kaum, weshalb diese auch keine Befürworter eines Konvents sind.

«Die eigentlichen europäischen Herausforderungen wie Klima, Künstliche Intelligenz und Migration wurden weitgehend ignoriert.»

47

Dennoch ist die EU-Erweiterung um die Ukraine, Moldawien oder Georgien und die Balkanländer ein Thema, auch der deutschen Politik, obwohl es keine Vorschläge gibt, wie mit der russischen Präsenz in den ersten drei Ländern umgegangen werden soll. Auf dem Balkan sind weder die Korruptions- noch die Nachbarschaftsprobleme gelöst. Positiv gewendet könnte man sagen: Viel Arbeit für das neue Europaparlament. Aber selbst, wenn Lösungen gefunden werden, wie werden sie den europäischen Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert, oder sollten diese nicht schon früher informiert und eingebunden werden? Europawahlen sind die seltenen Gelegenheiten, die europäische Agenda transparent zu machen, was überzeugend nur gelingen kann, wenn nicht nur über die Ämterverteilung, sondern auch über die Sinnhaftigkeit der europäischen Integration gestritten wird. Es ist schade, dass man erst Spitzenkandidat seiner Partei werden muss, um wie Agnes Strack-Zimmermann festzustellen, dass es „eine überraschende Ignoranz dem Europäischen Parlament gegenüber“ gibt. ■

«EINE EU 36 MIT 36 KOMMISSAREN HAT WEDER GENUG AUFGABEN FÜR ALLE KOMMISSARE, NOCH WÄRE EINE SOLCHE KOMMISSION ARBEITSFÄHIG.»

WÄHLEN AB 16 EINE GUTE IDEE?

Bei den letzten Europawahlen gab es aus der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen die meisten Stimmen für Union (17 Prozent) und AfD (16 Prozent), aber 28 Prozent aller Stimmen gingen an Kleinstparteien. Hier konnte ab dem Alter von 16 Jahren abgestimmt werden, bei Bundestags- und den meisten Landtagswahlen ist das nicht so. Über Sinn und Zweck einer solchen Änderung gehen die Meinungen auseinander.



Lena Bloemacher
Vorsitzende des Bundes der
Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

JA, weil es eine
Notwendigkeit für die
Demokratie ist.

Menschen unter 18 Jahren sind keine unbeteiligten Zuschauer des politischen Geschehens. Obwohl sie von politischen Entscheidungen am längsten betroffen sind, sind sie aktuell von Bundestagswahlen ausgeschlossen. Dass sie auf europäischer und teils auf Landes- sowie kommunaler Ebene mit 16 wählen dürfen, unterstreicht den Handlungsbedarf auf nationaler Ebene – auch für eine konsistente Argumentation, den Zugang zu Wahlen zu verwehren beziehungsweise zu gewähren.

Mit 16 Jahren dürfen Jugendliche einer Erwerbsarbeit nachgehen, Steuern zahlen, Alkohol kaufen und trinken, einen Führerschein machen, Organe spenden und sich bei der Bundeswehr melden – nicht jedoch wählen. Altersgrenzen dienen häufig dem Schutz von Minderjährigen. Das Wahlrecht ist hingegen nichts, vor dem junge Menschen geschützt werden müssen.

Die Argumente gegen eine Absenkung des Wahlalters – wie mangelnde Reife oder geringes politisches Wissen – sind nicht haltbar. Studien zeigen, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, fundierte politische Entscheidungen zu treffen. Ihnen das Wahlrecht zu gewähren, fördert nicht nur ihr politisches Engagement, sondern stärkt auch unsere Demokratie insgesamt.

Zudem dominieren ältere Wählergruppen derzeit die Wahlen, was dazu führt, dass die Interessen und Perspektiven junger Menschen oft zu kurz kommen. Dürften junge Menschen wählen, müsste Politik sie auch als Zielgruppe und potenzielle Wählerschaft adressieren. Zudem würde das Wahlalter 16 die politische Bildung in Schulen intensivieren und das Interesse an Politik weiter befördern. Das Senken des Wahlalters ist ein notwendiger Schritt, um jungen Menschen mehr Mitsprache zu gewähren, ihre Interessen politisch zu verankern und sie in die Gestaltung ihrer Zukunft einzubeziehen. ■



Fabio Crynen
Chefredakteur des Magazins
„ENTSCHEIDUNG“ der JU Deutschland

NEIN, denn
Wähler müssen verstehen
können, was sie tun.

Artikel 38 Absatz 2 des Grundgesetzes legt ein Wahlalter fest, um die Bundestagswahlen als Kommunikations- und Legitimationsakt des Volkes abzusichern. Denn wer durch die Wahl wirksam kommunizieren und legitimieren soll, muss wissen, was er tut. Auf zwei Aspekte kann es bei der Festlegung des Wahlalters nicht ankommen: die „Betroffenheit“ Minderjähriger durch politische Entscheidungen und ihre Begeisterung für Politik. Ersteres Argument ist ausufernd, denn auch der Achtjährige ist von Politik betroffen, vermag die Folgen seiner Wahlentscheidung aber nicht zu erkennen. Seinem Wahlakt kann daher keine Legitimationswirkung zukommen. Letzteres Argument verkennt, dass Wahlen keine Politikdidaktik sind, sondern Kernakt unserer Demokratie.

Einzelfallungerechtigkeiten sind bei einem Stichtagssystem hinzunehmen, will man nicht jeden Wähler einem Wahleignungstest unterziehen. Auf die Volljährigkeit mit 18 Jahren abzustellen, ist dann mit Blick auf die übrige Rechtsordnung nur konsequent. Es ist nicht einzusehen, warum derjenige, der nach dem BGB aus Selbstschutz keinen Vertrag schließen, die Folgen seiner materiell ungleich komplexeren Wahlentscheidung abschätzen können soll. Was im BGB der Selbstschutz des Minderjährigen ist, ist in Art. 38 II GG der Schutz des Wahlaktes. Der Grund für das Schutzbedürfnis ist hier wie dort derselbe.

Dass in den Kommunen und teils auch auf Landesebene ab 16 gewählt werden darf, steht dem nicht entgegen. Die kommunale Realität ist in ihrer Komplexität mit der Bundespolitik nicht vergleichbar. Insofern spricht nichts gegen ein differenziertes Wahlalter. Übrigens: Deutschland wäre in Europa nur eines von drei Ländern, dass zu nationalen Wahlen Wählen ab 16 ermöglichen würde. ■

«WAS MACHT EIGENTLICH ...?»

**KURT
FALTLHAUSER**

WAS MACHT EIGENTLICH ...?

Die Politik lässt ihn nicht los. Der ehemalige Finanzminister der CSU schreibt immer noch gerne Bücher und Aufsätze zu politischen Themen, aber das Wichtigste ist ihm inzwischen die Familie. Sein Arbeitspensum hat er deutlich reduziert.

Autor: Prof. Dr. Kurt Falthäuser

Zum selbstgewählten Ende meiner Amtszeit als Finanzminister war ich 67. Start für ein ruhiges und bequemes Pensionisten-Dasein, Hineintrödeln in den Alltag? Das konnte ich mir überhaupt nicht vorstellen. Einen Tag, nachdem mein Nachfolger Erwin Huber das Amt antrat, zog ich in ein Büro direkt neben dem Siegestor in eine Kanzlei von Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Rechtsanwälten. Status: „Of Counsel“.

An diesem Platz begann ich vielfache Tätigkeiten zu organisieren: Aktivitäten in Unternehmen, zum Beispiel stell-

«NACH DEM AUSSCHIEDEN AUS DER POLITIK ENGAGIERTE ICH MICH IN DIVERSEN AUFSICHTSRÄTEN UND VORSTÄNDEN.»

vertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Mühlbauer in Roding, Mitglied des Aufsichtsrates der Fuggerbank oder Senior Advisor von Rothschild. Hinzu kam viel Kultur: Kuratoriumssitze im Deutschen Museum, in der Staatsbibliothek, im Nationalmuseum; vor allem aber Vorstand der Buchheim-Stiftung, der ich heute noch eng verbunden bin als Stellvertreter von Edmund Stoiber im Stiftungsrat. Im sozialen Bereich war und bin ich in der Liebig-Stiftung aktiv, die in Malawi Grundschulen und weiterführende Schulen baut.

Wichtig war mir in den ganzen Jahren seit dem Ausscheiden aus der Politik die Arbeit an Büchern und Aufsätzen: politische Dokumentationen, historische Grundlagenarbeiten und ein umfassender Lebensbericht für meine Familie und die engsten Freunde.

Das Ergebnis: volle Arbeitstage. Das lief etwa zehn Jahre so, dann habe ich systematisch Engagements abgebaut. Aus einer Fünf-Tage-Woche ist heute eine Fünf-Stunden-Woche geworden in meinem Büro. Mehr muss mich mit 84 Jahren mein Büro nicht mehr sehen.

Und die Politik? Meine politischen Aktivitäten habe ich stark reduziert, aber nicht eingestellt: Ich gehe als interessierter Gast zu CSU-Parteitag und immer wieder nehme ich an Kreisvorstandssitzungen in meiner Eigenschaft als Kreisverbands-Ehrenvorsitzender teil. Das Interesse an Politik ist gleichwohl überhaupt nicht geschrumpft: Die tägliche Zeitungslektüre ist immer noch Anstoß für morgendlichen Ärger über die politischen Verhältnisse im In- und Ausland – und über die Tendenz der Berichterstattung.

Sportlich versuche ich immer noch, mich fit zu halten. Seit 48 Jahren spiele ich mit Schulkameraden am Sonntagabend Tennis. Besser sind wir nicht geworden, aber wir kommen

«SONNTAGABENDS SPIELE ICH TENNIS.»

ins Schwitzen. Und mit meiner Frau fahre ich gerne mit dem E-Bike durch die oberbayerische Landschaft.

Zeit und Emotion investiere ich heute vor allem in meine wunderbaren Enkel, von denen die Zwillingsbuben an Körperlänge den Opa längst übertroffen haben. Heute bin ich voll in der Familie angekommen. Gleichwohl: Kochen verweigere ich.

Freunden, die ihre Berufs- oder Politiklaufbahn beenden, rate ich: Schaltet nicht auf null, sondern sucht gezielt interessante Aktivitäten. Das hält jung. ■

PROF. DR. KURT FALTLHAUSER

1974 bis 1980 Mitglied des Bayerischen Landtags

1980 bis 1995 Mitglied des Deutschen Bundestags

1995 bis 1998 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

1998 bis 2007 Bayerischer Staatsminister der Finanzen

SOCIAL MEDIA

Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



Christian Doleschal, MdEP
@herr_dole

Das war unsere 74. Landesversammlung, die nach den Ereignissen dieser Woche eine ganz neue Bedeutung erhielt! (...) Denn wir sind „Ready 4 Regierungswechsel“.

#julv24 >>

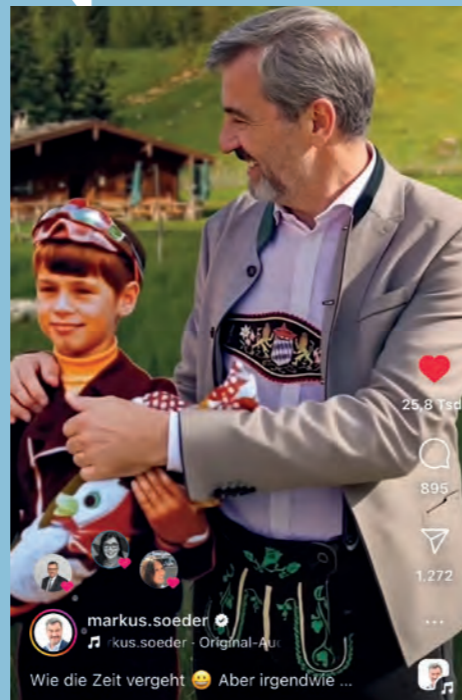


Martina Gießübel, MdL



„Ihr alle habt es gewusst“ - Beeindruckende Reden vom Antisemitismus-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle, vom Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt Sebastian Remelé und von der Sprecherin der „Initiative gegen das Vergessen“ Johanna Bonengel. (...)

#gedenken #gegendasvergessen #menschen #schweinfurt #übergabe #denkzeichen #niewieder >>



Dr. Markus Söder, MdL
Bayerischer Ministerpräsident
@markus.soeder



Wie die Zeit vergeht? Aber irgendwie bleibt die Kindheit und Jugend doch bei jedem von uns immer im tiefen Herzen und prägt uns bis heute. >>



Markus Blume, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst
@markusblume75



Voted! Das sagen heute hoffentlich viele US-Amerikanerinnen und -Amerikaner. Wir fiebern in München mit dem US-Generalkonsul James Miller und der Chefin des Amerikahauses Meike Zwingenberger mit. (...) Wie auch immer es ausgeht: Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft und setzen auf unsere gemeinsamen Werte im Geiste von Demokratie und Freiheit!

#president #uselection #amerikahaus #freiheit >>



Michaela Kaniber, MdL,
Bayerische Staatsministerin für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Wirtschaftlich, effizient und umweltschonend. Ich durfte heute im Tadus mitfahren. Das ist ein rein mit Strom betriebener Traktor, den ein Luft- und Raumfahrt-Ingenieur und eine PR-Managerin mit ihrem Start-Up im Landkreis Traunstein entwickelt haben. (...)

#Chiemgau #Wirtschaft #elektrotraktor #elektromobilität #landwirtschaft #Bayern >>



Kerstin Schreyer, MdL, Staatsministerin a.D.



Am 11.11. um 11:11 Uhr beginnt die fünfte Jahreszeit – der Fasching. Diese Zeit des Frohsinns und der Ausgelassenheit ist tief in unseren Traditionen verwurzelt und wird jedes Jahr aufs Neue mit Begeisterung gefeiert. (...)

#Fasching #FünfteJahreszeit #Brauchtum #11November >>

Die bayerischen Ministerpräsidenten im Überblick

Autor: Dr. Christian Petrzik, Leiter des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP), Hanns-Seidel-Stiftung, München

Der von Rainald Becker und Christof Botzenhart herausgegebene Band versammelt erstmals die Lebensbilder sämtlicher zwischen 1918 und 2018 amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten. Für ihr Projekt konnten die Herausgeber ausgewiesene Experten aus den Bereichen der Bayerischen Landes- und Zeitgeschichte gewinnen, die das politische Wirken der Amtsinhaber im historischen Kontext darstellen.

Eingangs vollziehen drei Kapitel die Genese des Amtes vom kollegial verfassten Ministerium des 16. und 17. Jahrhunderts bis zum Ende der Monarchie 1918 nach. Der erste offiziell als Ministerpräsident titulierte Amtsträger war der Sozialdemokrat Kurt Eisner (USPD), der durch eine von ihm angeführte revolutionäre Aktion von Arbeitern und Soldaten an die Spitze des bayerischen Staates gelangte. Erst die Bamberger Verfassung von 1919 legte fest, dass der Ministerpräsident durch Mehrheitswahl im Landtag bestimmt werden musste. Allerdings verfügte der Amtsinhaber nach dieser Verfassung über keine Richtlinienkompetenz und war seinen Ministern nahezu gleichgestellt. Einen enormen Bedeutungsverlust erfuhr das Amt nach der Gleichschaltung der Länder im März 1933 unter der nationalsozialistischen Reichsregierung. Staatlichkeit und Macht wurden an Reich und Partei (NSDAP) übertragen, während das Ministerpräsidentenamt nur noch symbolischen Charakter hatte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 bildeten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Leitmotive des Wiederaufbaus, begleitet von der Sorge um die Bewahrung der bayerischen Eigenständigkeit. Die bayerischen Ministerpräsidenten der 1950er-Jahre verfolgten daher, wie es die Herausgeber in ihrem Vorwort formulieren, eine betont verfassungsrechtliche Linie des Föderalismus. Nach der noch heute gültigen Verfassung des Freistaats Bayern von 1946 ist der Ministerpräsident als Vorsitzender der bayerischen Staatsregierung mit zahlreichen Kompetenzen ausgestattet. Durch die hierarchische Aufwertung des Amtes, wie auch den wirtschaftlichen Aufschwung Bayerns ab den 1960er-Jahren, gewannen die Ministerpräsidenten zunehmend politischen Einfluss, auch auf Bundesebene.

Die Bandbreite der Handlungsspielräume bei der Ausübung des Ministerpräsidentenamtes zeigen die einzelnen Porträts in ihren Analysen und Annäherungen an die Charaktere und das Wirken der jeweiligen Amtsinhaber. Anhand der Lebensbilder der bayerischen Ministerpräsidenten entsteht ein Panorama der Entwicklung Bayerns im 20. Jahrhundert, das sowohl geschichts- als auch politikwissenschaftliche Erkenntnisse bietet und zu weiteren Forschungen anregt. ■



Becker, Rainald /
Botzenhart, Christof
(Hrsg.):

Die Bayerischen Ministerpräsidenten 1918 – 2018

Regensburg: Friedrich Pustet 2024,
424 Seiten, 38,00 Euro

Ein Leben für die Politik

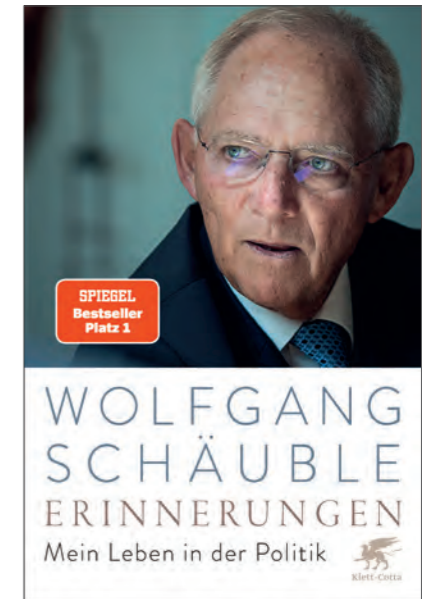
Autor: Dr. Harald Bergsdorf,
Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Buchautor

Wolfgang Schäuble gehört zu den Ausnahmestellen in der bundesdeutschen Geschichte. Kurz vor seinem Tod konnte er seine Erinnerungen festhalten. Schäuble schildert darin nicht nur seine komplizierte Beziehung zu Helmut Kohl und Angela Merkel, sondern würdigt auch die politische Führungsstärke des Kanzlers der deutschen und europäischen Einigung. So habe Kohl trotz heftiger Gegenwehr stets sowohl am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes festgehalten als auch später an der Einführung des Euro. Bis zum Mauerfall habe Kohl ebenfalls im Einklang mit Strauß darüber hinaus unbeirrt darauf gedrungen, die Erfassungsstelle in Salzgitter weiter zu finanzieren.

Für die Zukunft plädiert Schäuble dafür, die CDU solle weiterhin mit prinzipienfestem Pragmatismus eine Politik der Mitte betreiben. Daher gehe es künftig verstärkt darum, sowohl den wirtschaftlichen als auch den sozialen Parteiflügel stark zu halten, ohne das konservative Element zu vernachlässigen. Als einen der bedeutendsten Unionspolitiker der vergangenen Jahrzehnte charakterisiert Schäuble den langjährigen CSU-Parteichef, engen Mitstreiter Kohls und Bundesfinanzminister Theo Waigel. Dessen hohen Anteil am Erfolg der Wiedervereinigung und der Einführung des Euro würdigt er ebenso wie dessen politisch-strategische Urteilskraft und persönlichen Anstand.

Um das Schleuserwesen zu bekämpfen, das Sterben im Mittelmeer zu beenden und Probleme bei Abschiebungen erst gar nicht entstehen zu lassen, könnte es auch laut Schäuble sinnvoll sein, menschenwürdige und durch Europa finanzierte Zentren zur Asylprüfung in Nordafrika einzurichten. Deutlich kritisiert Schäuble die Versuche der aktuellen Koalition, das Wahlrecht zu ändern. Zwar teile er das Ziel, die Zahl der Abgeordneten zu reduzieren. Doch wer ein Wahlrecht schaffe, das einige Wahlkreissieger nicht ins Parlament bringe, täusche Wähler und missbrauche seine Mehrheit. Das gilt ebenfalls für das Vorhaben, die Grundmandatsklausel abzuschaffen. Dadurch könnte selbst die CSU, wenn sie bundesweit unter fünf Prozent kommen sollte, den Einzug in den Bundestag komplett verfehlen, auch wenn sie in Bayern alle Direktmandate gewonnen hätte.

Im Ergebnis gewährt das flüssig formulierte Buch einzigartige Einsichten aus nächster Nähe. Es bilanziert Schäubles politische Überzeugungen, Erfolge, Irrtümer und Niederlagen. Letztlich liefert das zeithistorische Werk ersten Ranges einen wichtigen Beitrag, um das politische Gefüge und Geschehen der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten zu erklären und zu verstehen. ■



Wolfgang Schäuble:

Erinnerungen

Mein Leben in der Politik

Stuttgart: Klett-Cotta 2024,
656 Seiten, 38 Euro.

Ost und West als Doppelbiografie

Autorin: Dr. Claudia Schlembach,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Überalterung, niedriger Bildungsstand, schwache Wirtschaft: Das DIW erkennt diese Faktoren in einer Studie zur Europawahl als Treiber der Erfolge von Populisten und findet sie alle im Osten Deutschlands signifikant. Solche Erkenntnisse bringen die Frage nach dem „Zusammenwachsen zur Einheit“ der deutschen Staaten auf die gesellschaftliche Agenda. Ob wir in der Lage sind, die Wiedervereinigung von „Ost und West“ zu einer Erfolgsstory zu machen, steht 35 Jahre nach dem Fall der Mauer zur Debatte. Die Notwendigkeit, diesen Diskurs zu führen, steht für sich.

Die Journalistin Ursula Weidenfeld skizziert in „Das doppelte Deutschland. Eine Parallelgeschichte 1949-1990“ die Spannung von Entfremdung und Annäherung. Sie startet 1949 und bleibt chronologisch: Ihr lesefreundlicher Stil macht die wegweisenden Meilensteine der wachsenden Bipolarität zum Krimi. Der Leser wird hineingezogen in den Strom der Ereignisse. Potsdamer Konferenz, Marshall Plan und Prager Frühling – die Wegweiser werden plastisch. Die Lesbarkeit profitiert davon, dass die Autorin eher auf Sekundärquellen zurückgreift und der Leser etwa die persönlichen Sichtweisen von Protagonisten wie Wolf Biermann oder Theo Sommer kennenlernt.

Das Buch sei daher jedem Leser angedacht, der am Verstehen der Gesamtzusammenhänge interessiert ist. Zumal Weidenfeld gut darstellt, wie Deutschland zum Schaufenster des Systemwettstreits wurde, die Eigenständigkeit der jeweiligen Entwicklungen aber beibehält.

Die hohe Dynamik, zunächst (geo-)politisch, dann ökonomisch und letztlich gesellschaftspolitisch adressiert, wird lebendig. Ein Ort waren die Wohnzimmer, in denen die Pakete „der anderen Seite“ ausgepackt wurden und sich so die Unterschiede zwischen Baumkuchen, Erzgebirg-Figuren und Dresdner Stollen auf der einen und der scheinbar schönen Welt des Kapitalismus mit seinen Brands wie Milka, Maggi und Jakobs-Krönung auf der anderen Seite manifestierten. Das sind zentrale Signale kultureller Verschiebungen. In solchen Alltagsgeschichten wird eine Energie freigesetzt, die Dinge ungesteuert zusammenfügt und trennt. Es ist in der Essenz die Parallelgeschichte dieser beiden 41 Jahre.

Der optimistische Ausblick der Autorin zeigt: Der Blick auf die Vergangenheit wird gnädiger mit der Zeit und führt zu weiterer Homogenisierung. Offen bleibt, wie man aktuell mit den Fakten der DIW-Studie und ihren unerwünschten Konsequenzen umgehen sollte. Weidenfeld hat auf rund 400 Seiten eine wertvolle Reflexionsbasis vorgelegt. ■



56

Ursula Weidenfeld:

Das doppelte Deutschland

Eine Parallelgeschichte 1949-1990

Berlin: Rowohlt Verlag 2024,
416 Seiten, 25,00 Euro.

Leitfaden für politisches Handeln in Deutschland

Autor: Dr. Gerhard Hirscher,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Der dicke Band verspricht eine Handreichung für verantwortliches politisches Handeln in der aktuellen Politik in Deutschland. In einer Zeit, in der kürzeste Texte in den „sozialen Medien“ die zentrale Basis politischer Information und Kommunikation sind, mag allein die Fülle der bedruckten Seiten abschrecken. Wer sich diesem Trend widersetzt, wird das Buch mit Gewinn lesen: Der Autor – ein erfahrener Politiker und ehemaliger Minister in Baden-Württemberg – nimmt eine umfassende Analyse der Rahmenbedingungen vor, unter denen die Politik in unserem Land (auf allen Ebenen) funktionieren muss. Seine eigene empirische Erfahrung fügt er ein in theoretische Überlegungen, die aus vielen Quellen gespeist sind.

Ulrich Müller zeigt sich als überaus belesener und gebildeter Fachmann, dessen intellektuelle Quellen weit über sein eigentliches juristisches Milieu hinausreichen. Der Verzicht auf Anmerkungen und Bibliografie mag den wissenschaftlichen Effekt beeinträchtigen, wirkt sich aber auf die Lesbarkeit positiv aus. Das ist dem Autor auch vor allem wichtig: Er will keine staatsrechtliche Abhandlung verfassen, sondern eine Handreichung für die konkrete Politik liefern. Seine Analyse gruppiert sich um die Schlüsselbegriffe Ganzheitlichkeit, Mitte und das rechte Maß. Auf dieser Basis entwickelt er konkrete Therapieansätze für die Politik, ergänzt diese mit zahlreichen eigenen Erfahrungen und ist dabei aber immer auf der Höhe der aktuellen Diskussionen und Ereignisse.

Zwei zentrale Kapitel umfassen Entscheidungsmethoden und Entscheidungsstrukturen sowie kommunikative Aspekte als Beiträge zu politischer Kultur (S.139 ff. und 179 ff.). Sein Appell nach Ratio und Qualität statt Show und Emotionen (S.217 ff.) beinhaltet die These, dass es in der Politik primär auf den Inhalt ankomme und dass man Führungsfiguren nicht überschätzen solle – weswegen er dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ auch keine Zukunft prognostiziert (S.262 f.).

Alle Anregungen für die praktische Politik münden in Plädoyers für die repräsentative Demokratie, da nur sie langfristig in der Lage sei, eine freiheitliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Sein Werkzeugkasten enthält unter anderem „erprobte Regeln politischer Klugheit“ (S.311 ff.), die in den folgenden Kapiteln und Exkursen mit zahlreichen praktischen Beispielen angereichert werden. Im Mittelpunkt steht dabei stets der Verweis auf Rationalität und Sachkenntnis.

Wer als politisch interessierter Bürger eine Handreichung sucht, wie man Populismus und Extremismus konkret begegnen kann, wird in diesem Buch einen hervorragenden Ratgeber finden. ■



Ulrich Müller:

Kompass Politischer Kultur

**Verantwortlich Handeln in
verwirrenden Zeiten**

Freiburg: Herder Verlag 2024,
687 Seiten, 30,00 Euro.

57

BAYERNS GEWICHT IN DER DEUTSCHEN WAAGSCHALE

75 JAHRE CSU IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Autor: Dr. Christian Petrzik

Leiter des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP),
Hanns-Seidel-Stiftung, München

58

Am 19. August 1949 kamen die neugewählten Bundestagsabgeordneten der CSU erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung mit den CSU-Landtagsabgeordneten im Bayerischen Landtag zusammen. Dies war der Beginn eines erfolgreichen Weges.

Im Nachgang des Treffens vom August 1949 wandte sich der Abgeordnete Fritz Schäffer (1888-1967) mit einem Schreiben an Franz Josef Strauß (1915-1988), worin er ankündigte, „für die nächste Fraktionssitzung einen formulierten Antrag auszuarbeiten, dass wir uns entschlossen haben, 1) eine eigene Fraktion (Gruppe) zu bilden, 2) der CDU vorzuschlagen, eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen“. (ACSP, NL Fritz Schäffer). In der Sitzung vom 19. August 1949 hatte die Idee, im Bundestag eine eigene bayerische Gruppe zu bilden und mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen, breite Übereinstimmung gefunden. Franz Josef Strauß formulierte das Konzept folgendermaßen: „Diese Gruppe soll ihre Meinung für sich separat bilden, an den großen Fraktionssitzungen der CDU aber teilnehmen und für sich selbst einen oder mehrere Sprecher wählen; also: Separate Meinungsbildung,

Ausdruck dieser Meinung durch Sprecher, die gewählt werden, einerseits, andererseits eine gemeinsame Fraktion mit der CDU. Wir haben dann ein Zweifaches erreicht: Wir können hier unten in Bayern bestehen bleiben und wir können dort oben in Bonn unser gesamtes Gewicht in die Waagschale werfen.“ (ACSP, LTF, 1. WP, Protokoll vom 19. August 1949).

«DIE IDEE, MIT DER CDU EINE FRAKTIONS-GEMEINSCHAFT EINZUGEHEN, FAND EINE BREITE ZUSTIMMUNG.»



Die CSU-Landesgruppe überreicht Konrad Adenauer ein Geburtstagsgeschenk (um 1961).

59

Die Konstituierung der CSU-Landesgruppe wurde in der ersten Sitzung der CSU-Abgeordneten in Bonn am 30./31. August 1949 vollzogen, die Bundestagsfraktion von CDU und CSU am 1. September im Haus des Bonner Bürgervereins gebildet. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 3. September 1949: „Die bayerischen CSU-Abgeordneten im Bundestag beschlossen, eine Landesgruppe der CSU zu errichten, die mit der CDU eine gemeinsame Fraktion bildet. Als Obleute der Landesgruppe wurden Staatsrat a.D. Schäffer und der Generalsekretär der CSU, Franz Strauß, gewählt. Die CSU wird nach föderalistischen Grundsätzen ihre Selbstständigkeit als bayerische Landespartei wahren und sich am Aufbau eines deutschen Bundesstaates in einer der Geschichte und Bedeutung Bayerns entsprechenden Weise beteiligen.“

Seither nimmt die CSU eine Doppelrolle ein, die aus ihrer landes- und bundespolitischen Wirkung resultiert: Zum einen stellt die Christlich-Soziale Union eine autonome Landespartei dar und zugleich in der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU eine bayerische Bundespartei mit Sonderstatus.

«NICHT NUR GEGENÜBER DER CDU, SONDERN AUCH INNERHALB DER CSU WAR DIE LANDESGRUPPE STETS AUF IHRE SELBSTSTÄNDIGKEIT BEDACHT.»

Die Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

2024

Alexander Dobrindt seit 2017

Gerda Hasselfeldt 2011 - 2017

Hans-Peter Friedrich 2009 - 2011

Peter Ramsauer 2005 - 2009

Michael Glos 1993 - 2005

Wolfgang Böttsch 1989 - 1993

Theo Waigel 1982 - 1989

Friedrich Zimmermann 1976 - 1982

Richard Stücklen 1966 - 1976

Franz Josef Strauß 1963 - 1965

Werner Dollinger 1961 - 1963

Hermann Höcherl 1957 - 1961

Richard Stücklen 1953 - 1957

Franz Josef Strauß 1949 - 1953

Fritz Schäffer 1949

1949



Plakat zur Bundestagswahl 1949

Besonders in folgendem Punkt wird die Eigenständigkeit der Landesgruppe deutlich: Nach jeder Bundestagswahl muss die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU in der konstituierenden Sitzung der Landesgruppe ausdrücklich bestätigt werden. Es handelt sich um eine maximal für die Dauer einer Legislaturperiode geltende Entscheidung. Eine besondere Bedeutung kommt dem Amt des Landesgruppenvorsitzenden zu, der auch als stellvertretender Vorsitzender der Gesamtfraktion fungiert.

Auf Fritz Schäffer (1949) folgte Franz Josef Strauß (1949-1953 und 1963-1965), der wie seine Nachfolger Richard Stücklen (1953-1957 und 1966-1976), Hermann Höcherl (1957-1961), Werner Dollinger (1961-1963), Friedrich Zimmermann (1976-1982), Theo Waigel (1982-1989), Wolfgang Böttsch (1989-1993), Michael Glos (1993-2005), Peter Ramsauer (2005-2009) und Hans-Peter Friedrich (2009-2011) dieses Amt als Sprungbrett für höhere Staats- und Parteiämter nutzte. 2011 wurde Gerda Hasselfeldt als erste Frau



Plakat zur Bundestagswahl 1961

zur Vorsitzenden der Landesgruppe gewählt. Nach der Bundestagswahl 2017 folgte ihr Alexander Dobrindt.

Nicht nur gegenüber der CDU, sondern auch innerhalb der CSU war die Landesgruppe stets auf ihre Selbstständigkeit bedacht. Man ließ sich nicht auf die Rolle eines föderalistischen Sprachrohrs und Vollzugsorgans von Staatsregierung und Parteiführung reduzieren. Theo Waigel sah die Landesgruppe als einen „Transmissionsriemen zwischen München und Bonn“, als eine Institution, über die die CSU in erster Linie ihrem bundespolitischen Anspruch gerecht wird. Seit ihrer Gründung versteht sich die Landesgruppe als Hüterin des Föderalismus, wobei sich die Bundestagsabgeordneten der CSU für die bayrischen Belange einsetzen, ohne das Bundesinteresse aus den Augen zu verlieren. ■



Plakat zur Bundestagswahl 1976

Die HSS würdigte im Oktober 2024 in einem Festakt mit dem CSU-Vorsitzenden Markus Söder die Leistungen der CSU im Deutschen Bundestag.



Quellen:
ACSP, LG 1949; ACSP, LTF, 1. WP.; ACSP NL Fritz Schäffer

ENTFÜHRUNG IN FREMDE WELTEN

Autorin: Teresa Pfaffinger

Referatsleiterin für Jugend, Bildung und Generationen im Institut für Politische Bildung, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Die Hanns-Seidel-Stiftung verleiht seit 2022 jedes Jahr den Preis „Die Feder“ für kreatives Schreiben. Auch in diesem Jahr erreichten die Jury rund 250 Einsendungen von Autorinnen und Autoren aus ganz Deutschland. Es durften Texte aller Genres eingereicht werden.

62 Grenzen werden errichtet und wieder eingerissen: Mauern, Zäune oder Landesgrenzen und manchmal nur Grenzen in unseren Köpfen. Für die Autoren des diesjährigen Wettbewerbs im kreativen Schreiben sind es vor allem die kleinen und großen Momente im Leben, die sie bewegen und zum Thema „Grenzenlos“ inspiriert haben – in den Kategorien „für Kinder“ und „für Jugendliche“. Die Resonanz auf „Die Feder“ hat die Erwartungen auch heuer wieder weit übertraffen.

Schon in den vergangenen drei Jahren zeigte sich, wie sehr sich Menschen – egal welchen Alters und trotz KI-Programmen wie ChatGBT – für das Schreiben begeistern. Markus Ferber, Europaabgeordneter und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, betonte dies auch in seiner Festrede: „Kreatives Schreiben ist so viel mehr als nur die Erstellung eines Textes: Es ist Eintauchen in die eigene Fantasiewelt, die Kraft und den Spaß zu spüren, etwas Eigenes zu erschaffen, mit Sprache Gefühle auszudrücken, Bilder zu malen und den Leser in fremde Welten zu entführen.“

Bei der Preisverleihung im Mai 2024 konnte man diese Begeisterung spüren. Leider konnte die Schirmherrin, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, aus gesundheitlichen Gründen nicht dabei sein. Die Auswahl der Gewinner war für die Jury keine leichte Aufgabe. 39 Autoren haben letztendlich gewonnen, von jung bis alt. Die zehnjährige Mar-

lene Kroeger und der 25-jährige Tim Tensfeld trugen ihre prämierten „Kostproben“, je ein Gedicht, vor. Musikalische Untermalung gab es durch die Big Band des Wittelsbacher Gymnasiums München unter der Leitung von Studienrätin Anna Kagerer.

Die Hanns-Seidel-Stiftung rief den Wettbewerb ins Leben, um den kreativen Umgang mit Sprache zu fördern und Autoren zu unterstützen. Herausragende Beiträge werden mit einem Preisgeld, einem Platz im HSS-Seminar „Kreatives Schreiben“ in Kloster Banz und der Veröffentlichung in einer eigenen Publikation ausgezeichnet.

Kinder und Jugendliche können alle Geschichten und Gedichte in unseren Sammelbänden „Die Feder“ nachlesen und sich inspirieren lassen. ■



Die Beiträge des Schreibwettbewerbs 2024 zum Thema „Grenzenlos“ lesen Sie hier.



Voller Stolz zeigen die jungen Autorinnen und Autoren ihre Urkunden.



Markus Ferber, MdB, heißt alle willkommen und beglückwünscht die Autoren zu ihren großartigen Leistungen.



Zur Preisverleihung spielte die Big Band des Wittelsbacher Gymnasiums.

IMPRESSUM

Herausgeber:

© 2024, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München
Tel. +49 (0)89 1258-0
politicus@hss.de
www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär: Dr. Josef Widmann

Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin)
Andreas v. Delhaes-Guenther (Stv. Redaktionsleiter)
Susanne Berke (Redakteurin)

Art Director: Julia Ehrenreich

Satz und Layout: Marion Steib

Druck: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis zum Datenschutz: Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Titelfoto: AdobeStock: Kooh Studio, mdesignstudio

Fotos: AdobeStock: accogliente, Alexeyi, Cienpies Design, contrastwerkstatt, Eugene B-sov, BDKJ / Mike Nonnenbroich; Barbara Becker; Daniel Biskup; Fabio Crynen; Oliver Erens; FAU / Harald Sippel; Andreas Haslböck; Eleana Hegerich; HSS / ACSP / Josef A. Slominski; HSS / ACSP / PI S 276, 315, 7375; HSS / Sebastian Buff; LichtBlick Seniorenhilfe / Gisela Schober; HSS / Irmak Kalac; HSS / Thomas Plettenberg; Imago / Arnulf Hettrich; Imago / Serienlicht; Imago – Hindustan Times / Raju Shinde; Paneuropa; Marcel Sahlmann; Susanne Schmid; UHH / Bertold Fabricius

Gedruckt auf: Vivus 100, Offset, weiß, matt, 100% Recycling
ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

Wollen Sie mehr...

... über Politik und Gesellschaft wissen?
Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies
Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über politicus@hss.de

Jetzt gratis bestellen



politicus






Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter hss.de/publikationen/ können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns
Seidel
Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstr. 33, 80636 München

hss.de
info@hss.de
T +49 (0) 89 1258-0

 stiftungfuerdemokratie
 HannsSeidelStiftung
 HSSde
 HannsSeidelStiftung
 Hanns-Seidel-Stiftung

 Jetzt neu auf WhatsApp

